

Der Arbeiter-Zeitung

Montag, 12. März 1928
10. Jahrgang Nummer 61

Die neue Ausgabe!
Der Arbeiter-Zeitung
vom 1. März 1928

Preis: 0,50 M.
Durch die Post bezogen monatlich 4 M.
Kassenzahlung: Die bezugnehmenden
Nummern 12 M., Bestellschein und Belegkarte
10 M. Die dreifarbige Wochenschrift
70 M. — Inhalt: Der Arbeiter-Zeitung
5 Uhr: In den Spezial-Expeditionen am Tage vorher bis 10 Uhr 15 Min.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schoenländer (März 1920 ermordet)

Hauptverlag: Breslau 10, Krasnapolsky-Str. 60
Telefon: 4719
Abteilung: Breslau 544, Wehlfeld-Str. 10
Telefon: 2337
Verlag: Breslau 12, Krasnapolsky-Str. 10
Telefon: 17-18
Verlag: Breslau 12, Krasnapolsky-Str. 10
Telefon: 17-18
Verlag: Breslau 12, Krasnapolsky-Str. 10
Telefon: 17-18

Die Sowjetregierung ist wachsam

Verhaftung von Industriearbeitern

(Eig. Drahtber.) Moskau, 12. März.

Wie die „Pravda“ mitteilt, wurden im Donezgebiet sechs Ingenieure, darunter drei von der KPD., verhaftet. Die KPD. ist einer gegenrevolutionären Verschwörung auf die Spur gekommen, deren Ziel die Zerstörung von Bergwerken und Fabriken zur Untergrabung der Rüstungsindustrie für den Fall einer kriegsrischen Intervention war. Hinter den verhafteten Ingenieuren stehen die ehemaligen weißgardistischen Fabrikbesitzer und auch ausländische Spionageorgane. Man kam dieser Organisation auf die Spur, weil sie sich in der letzten Zeit durch auffällige Sabotageversuche verächtlich machte.

In der Vollversammlung des Moskauer Sowjets teilte der Genosse K. A. Kow mit, daß ein Ingenieur, der zu den Leitern dieser Gruppe gehört, erklärt hat, sie sei eine Vereinigung von Monarchisten, Kadetten und anderen Gegenrevolutionären.

R. Die bürgerliche Presse berichtet in großer Aufmachung über diese Verhaftungen und benutzt sie zu verächtlichen Hebe gegen die

Sowjetunion. Diese Stimmungsmache liegt auf der gleichen Linie wie die Lügen über die angeblich unfruchtbaren Wirtschaftsbeziehungen mit der Sowjetunion anlässlich der gegenwärtigen deutsch-russischen Wirtschaftsbereinigungen in Berlin. Mit aller Deutlichkeit vollzieht die deutsche bürgerliche Presse ihren offenen ideologischen Uebergang in das Lager der Boykott- und Interventionsfreunde.

Das scharfe Vorgehen der Sowjetregierung gegen die konterrevolutionären Sabotage-Ingenieure ist zu begrüßen. Es scheint sich um eine breitere Organisation zu handeln, da auch aus dem Nordkaufasus Verhaftungen gemeldet werden. Dieses Durchgreifen erbringt ebenso wie die energischen Maßnahmen gegen den Getreidemischer der Großbauern den Beweis dafür, wie nämlich das Geschwätz über die „Entwicklung Rußlands zum Kapitalismus“ ist, das wir in der letzten Zeit von so vielen Heberflügen zu hören bekommen. Die Grenze des Betätigungsfeldes ausländischer Unternehmungen in der Sowjetunion ist nun gezogen. Wer es wagt, sich darüber hinwegzusehen, den trifft unmissverständlich die Faust der proletarischen Diktatur.

Die Sowjetregierung ist wachsam. Sie begegnet jedem Versuch der kapitalistischen Elemente zur Sabotage, zum Wucher, zur gegenrevolutionären Aktion mit schärfsten Waffen. Mögen deshalb ihre vereinigten Feinde von den Ulkalkülen über die Sozialdemokraten bis zu den Weißgardisten heulen.

Eine halbe Million im Kampf!

Die Frühjahrsoffensive der schlesischen und ober-schlesischen Arbeiterschaft

Breslau, 12. März.

Die Frühjahrsoffensive des schlesischen Proletariats hat begonnen. Am Montag vergangener Woche legten die Steingauer Steinarbeiter die Arbeit spontan nieder. Die Steinproleten in den anderen Betrieben schlossen sich im Laufe der Woche dem Streik an. Gegenwärtig stehen sich alle schlesischen Steinarbeiter, 6-7000 an der Zahl, im Streik. Das ist die Antwort auf das Unternehmerangebot, den am 29. Februar abgelassenen Lohnsatz unverändert, d. h. ohne Lohnerhöhung, auf zwei Jahre zu verlängern. Bezeichnend für diesen Streik ist, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer für die Arbeitswiederaufnahme eintraten und erst das Ergebnis der weiteren Verhandlung abzuwarten vorschlugen. Gemüht durch die Erfahrungen des Vorjahres haben die Steinarbeiter jedoch nicht auf die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, sondern auf die Opposition gehört und bei allen Bestimmungen mit überwältigender Mehrheit den sofortigen Streik beschlossen. Der Kampf geht um 20 Prozent Lohnerhöhung.

Die Lohnbewegung der schlesischen und ober-schlesischen Landarbeiter, deren Tarif bereits im Januar abgelaufen war, ist noch nicht abgeschlossen. Der vor längerer Zeit gefällte Schiedsspruch sah eine Erhöhung des Stundenlohnes um einen halben Pfennig vor. Eine Konferenz hat ihn abgelehnt, jedoch keinerlei Kampfmaßnahmen beschlossen. Statt dessen schlugen die sozialdemokratischen DVW-Führer einen Appell an den Reichsarbeitsminister vor. Die Entscheidung ist noch nicht gefällt. Geht auf diese schlappe Haltung der DVW-Führer glaubt der Arbeitsminister, den Willen der 130 000 Landarbeiter ignorieren zu können.

Für weitere, darunter die wichtigsten Berufsgruppen in Schlesien und Oberschlesien laufen die Tarife am 31. März ab. Sie sind bereits durchweg gekündigt. Wir nennen die Buchdrucker, die Schuhmacher (die 10 Pfennig Lohnerhöhung und die 47-Stunden-Woche fordern), die Eisenbahner, die Bauarbeiter, die Textilarbeiter, die Porzellanarbeiter, die ober-schlesischen Hütten- und Bergarbeiter und nicht zuletzt die kommunalen Arbeiter. Nach oberflächlicher Schätzung sind es circa 500 000 schlesische und ober-schlesische Arbeiter, für die der Tarif entweder bereits abgelaufen oder noch nicht neu abgeschlossen oder zum 31. März gekündigt ist.

Unter einer einheitlichen revolutionären Führung würde diese Zahl eine Armee bedeuten, die jeden Widerstand der Unternehmer ohne besondere Kraftanstrengung brechen könnte. Doch leider ist der verberbliche reformistische Einfluß noch zu stark. Die sozialdemokratischen Führer vermeiden nach Möglichkeit jeden offenen Kampf, insbesondere, wenn es sich um wichtige Berufsgruppen und große Arbeitermassen handelt. Sie wissen genau, daß ein großer Kampf mit Entschiedenheit bis zu Ende geführt, eine Gefahr für die kapitalistische Republik bedeutet. Als Verteidiger der bestehenden Ordnung müssen sie deshalb gegen jeden größeren Kampf sein. Deshalb verzichten sie auf die wichtigsten Maßnahmen, deren Ergreifung zur Erzielung einer ausreichenden Lohnerhöhung notwendig sind.

Charakteristisch für die Haltung der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer ist, daß sie nach Möglichkeit bei der Kündigung der Tarife keine konkreten Forderungen aufstellen. Es bleibt somit der Opposition überlassen, Forderungen zu formulieren. Im Baugewerbe fordern die oppositionellen Gruppen (Walzenberg, Schweißerei) eine Erhöhung der Stundenlöhne um 25 Pfennige. Im Textilarbeiterverband fordert die oppositionelle Zahlstelle Sagan eine Lohnzulage von 20 Pfennig. Die Doppelner Kommunalarbeiter haben auf Vorschlag der Opposition den Beschluß gefaßt, 15 Pfennig zu fordern. Bei den Breslauer Kommunalarbeitern wurde ein gleichlautender Antrag in einer Funktionärskonferenz abgelehnt und die Forderung von 10 Pfennig beschlossen.

Besonders wichtig sind die Bewegungen in der ober-schlesischen Hüttenindustrie und ober-schlesischen und nieder-schlesischen Bergbau. Die Kampfziele der Hüttenarbeiter sind dieselben wie im Dezember vergangenen Jahres. Damals wurde der Kampf verschoben. Es ist nicht anzunehmen, daß die Hüttenarbeiter sich noch einmal an der Nase herumführen lassen werden. Die Konjunktur in der Hüttenindustrie ist eine glänzende, die Unternehmergewinne sind ungeheuer, die Kampfs-

100 000 Metallarbeiter im Streik

Nach der neuen Schiedsbruch abgelehnt

Berlin, 12. März. (Eig. Drahtber.) — Im Metallkonflikt ist am Abend nachmittags kurz vor 17 Uhr ein neuer Schiedsbruch vom Schlichter gefällt worden. Die Parteien haben sich bis Montag vormittag 10 Uhr über Annahme oder Ablehnung des Schiedsbruchs zu entscheiden. Die erweiterte Streikleitung hat beschlossen, auch diesem Schiedsbruch nicht die Zustimmung zu geben, weil die festgesetzten Löhne nicht den Wünschen der Werkzeugmacher entsprächen. Die Parteien werden voraussichtlich am Montagvormittag in das Reichsarbeitsministerium zur Verhandlung über die Verbindlichkeitsklärung dieses Schiedsbruchs gehen. Der Deutsche Metallarbeiterverband hat für Montag 13 Uhr eine Versammlung der streikenden Werkzeugmacher einberufen, in der über die Lage Bericht erstattet werden soll. Man rechnet mit der Verbindlichkeitsklärung des Spruchs. In der Zwischenzeit ist in einer Reihe weiterer Betriebe die Arbeitsniederlegung erfolgt. Auch die Belegschaften der Waggonbau-Anstalten haben beschlossen, in den Streik zu treten. Die Betriebe des Konzerns der drei großen Elektrizitätsfirmen mit insgesamt 47 000 Arbeitern sind heute stillgelegt worden. Damit hat die Zahl der Streikenden 100 000 überschritten.

Metallindustrieller und den Vertretern der beteiligten Arbeiterorganisationen stattgefundenen Lohnverhandlungen mühten nach mehrstündiger Dauer ergebnislos abgebrochen werden.

Bergarbeiterstreik im Saargebiet

Saarbrücken, 12. März. (Eig. Drahtber.) — Am Sonnabendmorgen ist die 2000 Mann starke Belegschaft der Grube Kohlwald (Saargebiet) wegen Maßregelung von drei Bergarbeitern geschlossen in den Streik getreten. Eine Belegschaftsversammlung forberte die Zurücknahme der Entlassenen bis Montag; im Weigerungsfalle forderte die Belegschaft vom Verband die Verbreiterung des Streiks.

Der erste Tag der Breslauer Messe

Breslau, 12. März.
e. Die Messe hatte diesmal stark unter dem schlechten Wetter zu leiden. Die Besucherzahl war sehr gering, die sogenannten „Schleute“ fehlten vollkommen. Trotzdem wurden vereinzelt gute Resultate aus der Konfektion, der Tricotagen- und der Wägenbranche gemeldet. Ebenso wurden Musikinstrumente gut verkauft. Dagegen war das Geschäft in der Schuhbranche äußerst schlecht. Hier sind die meisten Aussteller nicht auf ihre Kosten gekommen. Die Ursache sind die ständig steigenden Schuhpreise, die teilweise 35 Prozent höher sind als im Frühjahr 1927 und die zu einer Erdoberflutung des Absatzes geführt haben. Die Zahl der Aussteller ist nicht wesentlich zurückgegangen, in der Konfektion haben sämtliche prominenten Firmen ausgestellt.

18 000 Bahabiten zum Kampf zusammengezogen

Nach Meldungen aus Beira glaubt man, daß Ibn Saud vielleicht die Bewegungen unter dem Druck der Stämme unterdrücken wird, jedoch kaum die Führung in die Hand nehmen wird. Andere Berichte dagegen melden, daß 18 000 Bahabiten drei Tagemärsche von Man sich zusammengezogen hätten und auf Grund von Befehlen von Ibn Saud handelten. Der Emir Abdulla von Transjordanien soll einen Kurier zum britischen Oberkommissar von Palästina geschickt haben mit der Bitte, umfangreiche Verteidigungsmaßnahmen zu treffen.

Schiedsbruch für die Buchdrucker

Berlin, 12. März. (Eig. Drahtber.) In dem Konflikt der Buchdrucker ist ein Schiedspruch gefällt worden, wonach der Spitzenlohn vom 1. April ab von 32,50 Mark auf 36 Mark je Woche erhöht wird. Die Erklärungsfrist ist für beide Parteien bis zum 17. März.

Der Buchdruckerverband forderte eine Erhöhung des Wochenlohnes um 10 Mark für die Zeit ab 1. April bis 28. September. Demgegenüber schlug der Unternehmerverband vor, die Löhne bis 31. März 1929 unverändert zu lassen. Der Schiedspruch bringt statt der geforderten 10 Mark nur 3,50 Mark. Er ist unzulänglich und muß abgelehnt und gleichzeitig die Gefahr der Verbindlichkeitsklärung durch gefakte Streikbeschlüsse beantwortet werden. Die gegenwärtige Hochkonjunktur, verstärkt durch die vielen Druckaufträge infolge der bevorstehenden Wahlen, ermöglicht die Erläuterung der 10-Mark-Forderung. Dazu ist vor allen Dingen notwendig, den Kampf ohne Rücksicht auf eventuelle Verbindlichkeitsklärung zu führen.

Konflikt in der norddeutschen Metallindustrie

M. Hamburg, 12. März. — Die am gestrigen Sonnabend zwischen Vertretern der norddeutschen Gruppe des Gesamtverbandes deutscher

Die Tagung des Völkerbundes beendet

Genf, 12. März. — Nach der Vertagung der ungarischen Untersuchungskommission war heute die Tagung des Völkerbundes beendet. Chamberlain und Briand sind bereits abgereist. Der deutsche Außenminister wird dagegen erst am Montagabend oder Dienstagmorgen Genf verlassen.

Genf eintreffen wird. Auch am gleichen Tage ist eine Unterredung zwischen Stresemann und Altinow vorgesehen. In der Unterredung zwischen Dr. Stresemann und Altinow dürfte wohl auch die Verhaftung der sechs deutschen Ingenieure in Sowjetrußland eine Rolle spielen.

Vor der Ankunft der russischen Delegation in Genf

Genf, 12. März. — Reichsaussenminister Dr. Stresemann und Staatssekretär v. Schubert nahmen gestern abend neben anderen Mitgliedern der deutschen Delegation an einem Dinner bei Generalkonsul Kschmann teil. Man erwartet, daß im Laufe des Montags die sowjetrussische Delegation für die vorbereitende Abrüstungskommission unter Führung Altinows in

Im Laufe des heutigen Abends fand im Hotel Metropol eine längere Unterredung zwischen Dr. Stresemann und Titulescu statt. Hierbei sind die deutsch-rumänischen Handelsvertragsverhandlungen sowie die seit längerer Zeit bereits schwebenden Verhandlungen mit der rumänischen Regierung auf Regelung der während der Kriegszeit in Rumänien ausgegebenen deutschen Banknoten zur Sprache gelangt. Es steht noch nicht fest, ob Dr. Stresemann mit der deutschen Delegation Genf am Montagabend oder Dienstagmorgen verlassen wird.

London, 12. März. — Sir Austen Chamberlain ist heute nachmittag wieder in London eingetroffen. In seiner Begleitung befand sich nur sein Privatsekretär.

Englands neue Lanarmee

33,5 Millionen Pfund für Kriegsausrüstungen.

Der englische Kriegsminister Borthington Evans brachte den Armeevorschlag für 1929 im Unterhause ein. Die Gesamtansgaben betragen 41.000.000 Pfund. Das Vorjahr stand, wie der Kriegsminister betonte, unter dem Zeichen weitgehender Experimente. Er bezielte es als möglich, daß die Divisionen mit ihren Teilen an Kavallerie, Artillerie und Infanterie in kleinere Gruppen von Mannschaften der verschiedenen Arten der mechanisierten Truppe umformiert werden müßte, wobei die Tanks die große Einheit darstellten, um die sich die Formationen bildeten.

Jede Brigade soll ein Panzerwagenregiment erhalten und zwei Kavallerieregimenter sollen ihre Pferde mit Panzerwagen umtauschen. Hinsichtlich der Artillerie seien die Schwierigkeiten nicht so groß. Hier sei besonders der beträchtliche Ausbau mit Flugzeugen zu erwähnen. Die Territorialarmee soll nach dem Vorbild der Heerarmee umgeformt werden, sobald die notwendigen Mittel hierfür verfügbar sind.

Der gesamte Marinehaushalt für 1928 beträgt 57 Millionen 300.000 Pfund. Die vorgesehenen Kredite erlauben, mit dem

Bau zweier Kreuzer, eines Hafens für U-Boote, eines Flottenflaggeschiffs, von acht Torpedobootzerstörern, sechs U-Booten und fünf kleineren Einheiten zu beginnen.

UGGK. gegen Ostkrieg

Das Präsidium des Zentralerleuchtungskomitees der Sowjetunion beschloß die Ratifizierung der Beitrittserklärung der Sowjetregierung zum Protokoll über das Verbot der Anwendung von Giftgasen im Kriegsfalle und ermächtigte das Außenkommissariat zu der Erklärung, daß das Protokoll für die Sowjetregierung lediglich den Staaten gegenüber bindende Kraft hat, die das Protokoll gleichfalls ratifiziert oder sich ihm endgültig angeschlossen haben, und daß für die Sowjetregierung die bindende Kraft des Protokolls gegenüber jedem feindlichen Staate erlischt, dessen Streitkräfte oder formale bzw. tatsächliche Verbände das in dem Protokoll enthaltene Verbot nicht berücksichtigen werden.

England hat bekanntlich erst vor wenigen Tagen erklärt, auf die Gaswaffe nicht verzichten zu wollen.

Vom Tage

Der Reichstag vertagte sich am Sonnabend nach Beendigung der Debatte über den Verkehrsstat bis auf Dienstag.

Der verantwortliche Redakteur der „Roten Fahne“, Genosse Hauswirth, wurde vom Staatsgerichtshof wegen Hochverrats zu einem Jahr Festung verurteilt.

Die Berliner sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion wird laut „Vorwärts“, gegen den kommunistischen Antrag auf Unterstützung der Metallarbeiter stimmen. Praktische Einheitsfront mit den Deutschnationalen!

Im Brandenburgischen Provinzialparlament stimmte die Sozialdemokratie gemeinsam mit den Bürgerlichen gegen den kommunistischen Antrag, einen Ausschuß zur Untersuchung über den Geheimfonds in Höhe von 336.000 Mark einzusetzen.

Bei der Londoner Graffchaftswahl hat die konservative Partei 7 Sitze und die liberale Partei 1 Sitz an die Arbeiterpartei verloren.

Kunmeier meldet sich der russische Reichswald Britan als Verfasser des gefälschten „Sacharin-Briefes“.

Das offizielle Blatt der litauischen Regierung teilt mit, daß Westmarnas die vollständige Abschaffung des litauischen Parlaments durchzuführen werde.

In Saloniki wurden 17 Kommunisten wegen „anarchistischer Umtriebe“ verhaftet.

In Caracas (Venezuela) demonstrierten Studenten gegen die Interventionspolitik der Vereinigten Staaten, die die Delinquenten des Landes unter ihre Kontrolle bringen wollen. Von der Polizei wurden 30 Studenten erschossen.

Nach Meldungen aus China sollen sich die Kuang-Truppen erneut auf dem Vormarsch nach Norden befinden.

Die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung in Potsdam

1. H. Potsdam, 12. März. Die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung haben folgende Zahlen ergeben, die sich kaum noch ändern dürften: Deutschnationale 16, Sozialdemokraten 14, Deutsche Volkspartei 3, Kommunisten 2, Demokratische Partei 1, Zentrum 1, Bodenreform 1, Handel, Gewerbe, Handwerk, Mittelstand 5.

Die neue Coarregierung

11. Genf, 10. März. — In einer geheimen Sitzung hat der Rat heute an Stelle des ausscheidenden belgischen Mitgliedes der Coarregierung Lambert den Bürgermeister von Helwig, den Finanzminister Charney, ernannt. Ferner hat der Rat die Mandate der übrigen Mitglieder der Coarregierung auf ein weiteres Jahr verlängert.

Polen tritt dem europäischen Stahlkartell bei.

Berlin, 12. März. — Kunmeier hat auch Polen die Verhandlungen über den Beitritt zum europäischen Stahlkartell ausgenommen. Dieser Beitritt erfolgt offiziell unter dem übermächtigen Konkretekt des Internationalen Kartells.

Aus aller Welt

Das Abzahlungsgeschäft eines Studenten. Der aus der Bukowina stammende Student der Nationalökonomie, Abraham Honnata, hatte im Jahre 1925 im Norden Berlins ein Abzahlungsgeschäft errichtet, das auf schwindeltüchtiger Grundlage aufgebaut war. Nach der Annahme der Anlagebehörde waren die Bücher von vornherein in der Absicht angelegt worden, die Gläubiger zu betrügen. Nach 1 1/2-jähriger Dauer ist das Geschäft zusammengebrochen, und es sind eine große Anzahl von Firmen geschädigt worden. Sonntag hatte in dem Geschäft vorwiegend seine eigenen Verwandten beschäftigt. Während der kurzen Dauer des Geschäftsbetriebes hat er sich dieser Firmen gegenüber einer ganzen Reihe von Betrügereien schuldig gemacht. Die in Zahlung gegebenen Schecks waren ohne Deckung. Er verschob auch die Warenbestände und veräußerte die Außenstände zu der Hälfte des Betrages. Das Schöffengericht erklärte gegen Sonntag auf eine Gefängnisstrafe von 1 1/2 Jahren und nahm wegen der Höhe der Strafe die sofortige Verhaftung des Angeklagten im Gerichtsgebäude vor. Der Angeklagte will gegen das Urteil Berufung einlegen.

Ein Bankrott unterschlägt 25.000 Mark und flüchtet. 1. H. Leipzig, 12. März. Der bei einer Filiale eines Leipziger Bankhauses tätig gewesene 17-jährige Lehrling Heinz Engel aus Halle ist nach Verübung eines Diebstahls von 25.000 Mark geflüchtet.

Ein amerikanisches Marineschiff von Ozean zum Ozean. 1. H. New York, 8. März. In Nicaragua wurde ein amerikanisches Marineschiff von Ozean angegriffen. Sie griffen die Dohde des einen Drahthängers, so daß das Flugzeug abstürzte. Beide Insassen, die verletzten, sich mittels ihres Fallschirms zu retten, verunglückten tödlich.

Strafverurteilung für den politischen Teil Arthur Bombardieri, für „Verleumdung“ und „Verleumdung“ Wilhelm Diebold für „Verleumdung“ und die übrigen Delinquenten Alfred Thomas, sämtlich in Breslau. — Für den politischen Teil Fritz Jander, 2008, Leipzig. Für Jander 22. Oktober.

sichten der richtiger Vorbereitung und Forderung des Kampfes gut. Im obersteilischen Bergbau geht der Kampf um Verlängerung der Arbeitszeit. Dort ist in der letzten Zeit eine geringe Abnahme der Förderleistung zu verzeichnen. Im ganzen betrachtet kann man jedoch immer noch von einer sehr guten Konjunktur reden. Dabei ist insbesondere interessant, daß trotz der Verlängerung der Arbeitszeit im vergangenen Jahre, wodurch ein Verlust von rund 5,5 Millionen Arbeitsstunden eingetreten ist, die Kopfleistung pro Mann und Jahr gestiegen ist. Im Jahre 1924 betrug sie 255 und im Jahre 1927 waren es 373 Tonnen. Als Antwort auf die bevorstehende Gefahr polnischer Kohle fordern die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer die Entlassung der polnischen Bergarbeiter in den deutschen Gruben. Die Opposition hingegen sagt, daß die Verlängerung der Arbeitszeit auf solchen Stunden (natürlich bei gleichzeitiger Lohnerhöhung, was bei der ungeheuren Ergiebigkeit der obersteilischen Kohlenflöze die Unternehmergewinne nur um wenig herabmindern würde) jede Entlassung überflüssig machen würde. Im niedersächsischen Bergbau läuft das Ueberarbeitszeit-Abkommen erst Ende April ab. Die Forderung der Grubenbesitzer auf stillschweigende Verlängerung des Abkommens muß auf jeden Fall durchkreuzt werden. Gleichzeitig muß die bereits vor längerer Zeit eingeleitete Bewegung auf sozialtarifliche Lohnerhöhung energisch fortgeführt werden. Bisher waren es die Jaghellen Seitendorf, Wehstein und Langwalterdorf, die konkrete einstimmige Beschlüsse gefaßt haben. Die anderen Jaghellen müssen folgen und die sozialdemokratische Bezirksleitung zur Respektierung des Willens der Mitgliedschaft zwingen.

Zur Vorbereitung der bereits laufenden und noch bevorstehenden Auseinandersetzungen um mehr Lohn und kürzere Arbeitszeit muß eine verstärkte Werbung zum Eintritt in die freien Gewerkschaften erfolgen. Doch die Zahl allein macht es nicht. Ebenso wichtig ist, Schluß zu machen mit der reformistischen Niederlagenstrategie. Diese sei durch drei Beispiele illustriert: Am 23. Oktober vergangenen Jahres wurde auf einer Revisionkonferenz der obersteilischen Bergarbeiter der oppositionelle Antrag auf Einleitung einer sozialtariflichen Lohnbewegung abgelehnt und dafür auf Anraten der reformistischen Führer mit Mehrheit eine Entschliessung angenommen, in der die Bezirksleitung beauftragt wird, die Regierung in geeigneter Weise an ihre Pflicht zu erinnern. Das Resultat war natürlich gleich Null. In der Lohnbewegung der niedersächsischen Bergarbeiter schwangen die reformistischen Führer vor dem Schiedsgericht sehr radikale Phrasen. Als der Schiedsgericht, der keinerlei Erhöhung der Effektivlöhne brachte, auf Wunsch der Grubenbesitzer für verbindlich erklärt wurde, da sagten die reformistischen Führer, daß man sich der Verbindlichkeitsklärung fügen müsse. Dem noch schwebenden Lohnkonflikt der schlesischen und obersteilischen Landarbeiter widmet der „Vorwärts“ am 2. März eine längere Abhandlung, in der er den Schiedsgericht mit Recht als eine Verküpfung der Landarbeiter bezeichnet. Statt aber Kampfmaßnahmen vorzuschlagen, sagt er: „Sie sind deshalb gewarnt, Herr Arbeitsminister, geben Sie in der Frage des Lohnstreiks in der schlesischen Landwirtschaft nicht den Weg, den Ihnen die landwirtschaftlichen Unternehmer vorschlagen!“ Was aber, wenn der Arbeitsminister den Schiedsgericht trotzdem für verbindlich erklärt? Nun, dann muß eben nach Meinung der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer respektiert werden.

Es ist klar, daß mit den oben gekennzeichneten „Kampf“-methoden keine Erfolge erzielt werden können. Die schlesischen und obersteilischen Gewerkschaftskollegen müssen fordern, daß die bevorstehenden Kämpfe nicht am Verhandlungstisch und nicht durch den Arbeitsminister entschieden werden, sondern durch den Kampf der hauptsächlich in den freien Gewerkschaften organisierten Arbeiter. Nur so werden sie den gewünschten Erfolg bringen.

Ein neuer Antisozialist

Im Straßburger Landtag hat der Abg. Kaiser (National), der vor einiger Zeit von der Böhmischen Freiheitspartei zu den Deutschnationalen übergetreten war, dem Landtagshörsaal mitgeteilt, daß er aus der Deutschnationalen Partei austrete und in Zukunft die Bezeichnung „Antisozialistische Partei“ führe.

Nachwahlen in Königshütte

Bei den gestrigen Nachwahlen zum Senat erhielten die Deutsche Wählervereinschaft 1408 Stimmen, die Regierungspartei 782 Stimmen, Korfanis 2282 Stimmen, polnische und deutsche Sozialisten 1415 Stimmen, Kommunisten 350 Stimmen. 86 Prozent aller Stimmen wurden für die Deutsche Wählervereinschaft abgegeben.

Die polnischen Senatswahlen

1. H. Warschau, 12. März. Die heutigen Wahlen zum Senat sind nach den bisher vorliegenden Nachrichten in allen Teilen Polens ruhig und ohne besondere Zwischenfälle verlaufen. Das allgemeine Interesse an den Wahlen war wesentlich geringer als bei den Senatswahlen des letzten Sonntag. Die Wahlbeteiligung betrug im allgemeinen kaum mehr als 40 bis 50 Prozent, während bei den Senatswahlen etwa 65 bis 90 Prozent der Wähler an den Urnen erschienen war. Besonders schwach war die Wahlbeteiligung auf dem Lande.

England sucht eine untergeordnete sozialistische Regierung

11. London, 10. März. — Wie aus Paris gemeldet wird, verläßt der gestrige Tag entgegen allen Erwartungen ruhig. Auch aus dem Lande werden keinerlei weitere Aufregungen gemeldet. Die Verhandlungen über die Wahlung des Kabinetts sind bisher ohne Erfolg geblieben. Verschiedene Mitglieder der Labour-Partei haben die ihnen angebotene Kabinettsbildung abgelehnt.

Strafverurteilung für den politischen Teil Arthur Bombardieri, für „Verleumdung“ und „Verleumdung“ Wilhelm Diebold für „Verleumdung“ und die übrigen Delinquenten Alfred Thomas, sämtlich in Breslau. — Für den politischen Teil Fritz Jander, 2008, Leipzig. Für Jander 22. Oktober.

Arbeiterchaft, Zentrum und Kommunalpolitik

Ueber dieses Thema hielt am Sonntag, dem 4. März, der christliche Gewerkschaftssekretär und Hindenburg Stadtvordneter des Zentrums, Clara, in einer Versammlung der Zentrumsarbeiter einen Vortrag...

Dass dem Zentrum große Teile der Arbeiterchaft, insbesondere Oberschlesien, die Gefolgschaft leisten, ist von kommunistischer Seite in Zweifel gezogen...

Bei der Verteilung der Futterkrippen ging mal das Zentrum mit den Deutschen Nationalen, mal mit den Sozialdemokraten und so fortgesetzt...

Die in der Stadtverordnetenversammlung wie im Magistrat betriebene Politik stand unter dem stärksten Einfluß des Zentrums...

Wie sah die Politik des Zentrums in der Praxis aus? Es war gegen einen großzügigen kommunalen Wohnungsbau und verhindert die Erstellung von gesunden, geräumigen und billigen Wohnungen für die Arbeiterchaft...

behäftigter Kinder in Kinderheime sind die Mittel nicht vorhanden. Kindererziehung ist nach Meinung des Zentrums eine seine Sache...

Für eine Notstandsbeihilfe für Kommunalarbeiter war es nicht zu haben.

Bei den vorjährigen Etatsberatungen zeigte sich wieder das antisoziale Gesicht der Zentrumspartei. Für Streichungen von Mitteln für kulturelle und soziale Zwecke gab es die Zustimmung unter dem Vorwand, der Etat muß ausbalanciert werden...

Und dann erdreistete sich Herr Clara zu behaupten, daß das Zentrum das gehalten, was es der Arbeiterchaft versprochen hat. Die vor der Wahl zum 13. Februar 1927 herausgegebenen Wahlaufträge und Flugzettel mit den Versprechungen...

Die Erbitterung der christlichen Arbeiter über die bisherige Politik in Reich, Ländern und Kommunen ist durch verschiedene Mäße angezündet worden, um die Arbeiter an der Stange zu halten...

Jeder ehrliche Proletarier, ganz gleich, ob er Anhänger der christlichen Jenseitslehre ist oder nicht, muß kämpfen für die Besserhaltung seines Lebens und seiner Klasse.

Stadtverordnetenversammlung

Die letzte Stadtverordnetenversammlung, die 18 Punkte umfaßte, war wieder sehr interessant und lehrreich für den Klassencharakter des Stadiparlaments. Der Betriebsdirektor Günther, der bereits in Gruppe X ist und ein sehr hohes Gehalt bezogen hat...

Patschkau

Nachmals die Firma Kleslich. In Nummer 64 des „Vollblattes“ wird die Firma Kleslich und die Funktionäre der freien Gewerkschaften bei der genannten Firma in Schutz genommen...

Gleiwitz

Roman Beder, der ungekrönte König von Gleiwitz

Es war in den Abendstunden von 1918, als er durch die Straßen von Gleiwitz im Auto kaste und „seurige“ Reden hielt, daß er, nach seinen eigenen Worten, sich wie ein ungekrönter König fühlte...

Ein seiner Krzt. Ein Erwerbsloser begibt sich zum Dr. Patzsch & Meiwitz, zwecks Untersuchung. Derselbe stellt vollkommene Gesundheit fest und verlangt 18 Mark für Untersuchung...

mitgebracht hätten. Das hat gute Welle. Zunächst genügt es, wenn man eine Denkschrift hat, das Geld wird die Stadt Hindenburg niemals zu Gesicht bekommen...

Wenn die Stelle im Vaterunser: „Wie im Himmel, so auch auf Erden“ richtig ist, dann — gemessen an den Hindenburg Verhältnissen — ein kräftiges „Danke dafür!“

Ein Stadtarzt, wie er nicht sein soll. Die Stadt Hindenburg hat, obwohl sie zu den Großstädten zählt, keinen eigenen angestellten Stadtarzt...

Wir haben festzustellen, daß am 22. und 24. Februar in der Rebenstraße die Kinder, die in die Schule eintreten sollen, vom Stadtarzt Michalczik untersucht wurden...

Wenn man bedenkt, wie ausgebreitet besonders die Krankheiten des Mundes bei Proletarierkindern sind, so muß man angesichts dieser Behandlung die Frage vorlegen, ob eine solche verbrecherische Handlung nicht radikal bestraft werden muß...

Wir verlangen, daß sich der Magistrat mit seinen Gesundheitsbeamten um die Kinder seiner Kommune kümmert. Daß er den famosen Stadtarzt des Magistrats im hohen Wagen herauswirft und gegen ihn ein Strafverfahren einleitet...

Oppeln

Geschäftskunden der A.D.A. Die allgemeine Ortskrankenklasse des Stadtkreises Oppeln hat ihre Geschäftskunden nicht mehr wie früher durchgehend. Die Klasse ist jetzt für den Verkehr mit dem Publikum geschlossen...

Endlich geht er! Der langjährige Deputierter der städtischen Betriebswerke, ein würdiger Vertreter der Ausbeutergemeinde Oppeln, Stadtbaurat Wenzel hat seine Stelle in Dresden angenommen...

Hygiene von Kruppi & Zimmermann

Das Glend der Labordarbeiter besteht nicht nur in den schlechten Löhnen, sondern auch in der ungesunden und langen Arbeitszeit sowie der brutalen Behandlung. Die Firma Kruppi & Zimmermann, die ungeheure Profite aus den Arbeiterinnen herausholt...

Öffentliche Versammlungen

- Mittwoch, 13. März: 18 Uhr im großen Schulhof öffentliche Massenversammlung zu den bevorstehenden Wirtschaftskämpfen. Thema: „Kampf oder Niederlage.“

Versammlungskalender

- Parteiveranstaltungen: Oppeln, Montag, 12. März, 19.30 Uhr, Kurzus. Dienstag, 13. März, 16.15 Uhr, Versammlung G. S.

Hindenburg

Seid umschlungen, Millionen. Der Magistrat der Stadt Hindenburg hat ein Exposé zur Finanzlage der Stadt ausgearbeitet, in dem er nachweist, daß er nur etwas über 80 Millionen braucht...

KIPKE-BIER seit 1844

Josef Somnit

Ring 31
Kurz-, Weiß- u. Wollwaren
Ulrich Kuhnle, Adonnenstraße 9
Kolonialw., Spirituosen, Weine, Zigarren
K. Seebold, Sassestraße 8
Fleischerei u. Wurstw. / Fleischhändler
Feine Modellsch- und Wollwaren
Hilfs Hackenberg, Wronnenstr. 23

Breslauer Konfektionshaus

Ring Geddes, Bekleidungshaus
Moderne Herren- u. Knabenbekleidung
Hermann Flöter, Bögenstraße 3
Drogen- und Farbenhandlung
Eleonore Arbeitshaus / Schlosserbüsen
Adolf Schütz
No 6, Ecke Mittelstraße
Otto Wittig, feine Fleisch- u. Wurstwaren
Karl Burkert, Münzstraße 3
Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Wöbel, Spiegel, Postkarten
Seiffers-Reling u. Besinfectionsanlt.
Kredithaus Gebr. Metzker
Friedrichstraße 12

Schwednitz

Billigste Bezugsquelle in: Reibern, Seidenstoffen, Baumwollwaren — Damen- u. Kinderkonfektion, Gardinen in gr. Auswahl zu bill. Preisen.
Gedr. Domscheldt, Hof-, Ede Mittelstr. Bege. 1910

Herren- und Damenwäsche
Inletts, Bettfedern, Gardinen
Max Lebrecht, Buttermarkt

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Hohstraße 22

Hüte, Mützen, Pelzwaren
laufen Sie preiswert bei
Otto Pfeiffer, Gangstraße 28

Ernst Fuchs
Bangstraße, Ede. Grotzstraße
Wittlieb des Rad-Spars. Schwednitz
Begründet 1887
Handarb., Kurz-, Weiß-, Wollwaren
Ermäßigter Zutaten zur Schneiderei
Täglich Eingang von Neuheiten

Kaufhaus Kaiser, Burgstraße 2
Glas, Porzellan, Stielgut

Karl Brauner, Gangstr. 45, im Grundhof
Nähmaschinen, Fahrradhandlung
Reparatur-Werkstatt

Schuhhaus Förster Langstr. 6
empfiehlt für Herren feiner weichen Randschuh
Reparaturen blüht

Stadt Breslau großer National
Jeden Sonntag: L. A. S.
G. Sgeracht — Telefon 730

Conrad Bittorf, Brot- und Feinbäckerei
Obere Poststraße 5 — Telefon 101
Spez. Steinmehl, Rhein Schwarzbrot
Westf. Pumpernickel

Für Hochzeiten u. sonstige Festlichkeiten kaufen Sie Weine gut u. billig bei
Hermann Galle Nachf., Hofstr. 40

Sollinger Stahlwaren und Hochschleiferei
Wilhelm Klose & Co.
Bögenstraße 11

Max Oertel, Büttnerstraße 7
Brot-, Weiß- und Feinbäckerei

Robert Herda
Hofstraße 12
Seberhandlung, Eohlenauschnitt

Willy Tönsmann, Grabenstr.
Motor- und Fahrrad-Industrie
Vagerbestand von circa 200 Fahrrädern

Paul Knobloch, Reichensbacher Str. 25
Kolonialwaren, Lebensmittel

Trinkt Haase-Kipke-Biere
A. Pförtner

Musikhaus Ronge, Peterstr. 7
Billigste Bezugsquelle für Marschmusik

Georg Franke, Markt 15 — Großes Sortimentgeschäft
Konfektion für Damen und Kinder
Kurz-, Weiß-, Woll- und Manufakturwaren

Kaufhaus
Leopold Prager, Ring 17

Damen- u. Kinder-Konfektion
Baumwollwaren, Kleiderstoffe
Albert Lange, Ring 23

Adolf Lietsch
Schwednitz, Markt 30
Kaufhaus für Damen-Konfektion, Kleider- und Seidenstoffe, Flicken, Inletts, Hemdentuche, Gardinen, Tisch- und Diwanddecken, Teppiche, Läuferstoffe, Steppdecken, Vinoleum

F. Sölter & Starke

Begründet 1787
Tuche, Kleiderstoffe, Damen-Konfektion
Paul Wittmann & Sohn
Ruststr. 5

Hamburger Filzhüte, Peterstraße 16/18
Tägl. frische Seefische u. Räucherwaren

Erich Schumann, Breslauer
Straße 6
Gasthof & Café
empfiehlt sich bestens

Clara Lison, Langstraße 23
Lebensmittel, Vorkosthandlung

Molkerei Steglitz, Anfang Peterstr.
empfiehlt sich bestens

Emil Kalma, Langstraße 27
Räucherwaren und Seefische aller Art

Schwednitz-Niederstadt

Bernhard Wiesner, Reichensbacher Str. 18
Brot-, Weiß- und Feinbäckerei

Schuhwarenhaus
Oskar Drewnert, Reichensbacher Str. 10

Fritz Felge, Hauptstraße 29
empfiehlt sein bekannt gutes Randschuh- und Gamsleder

Weißsiedeln

„Deutsches Haus“ (Def. G. Senger)
empfiehlt seine Spezialitäten
Großer und Kleiner Saal
Gesellschafts-Saal für Vereine und Hochzeiten monatlich

Maria Hübscher, Hauptstraße 124
Bücher, Papier- und Spielwaren

August Teuber, Molkereigeschäft
Hauptstraße 28

Gasthaus zum „Steinernen Kreuz“
M. Langenfeld, Hauptstr. 40
empfiehlt seine Lokalitäten

Karl Wiewner
Hauptstraße 120
Hörn, Wöbel, Haus- und Küchengeräte

Wilhelm Schweizer & Sohn
Schuhwaren und Leder
Weißsiedeln, Bad Salzbrunn, Gottesberg

Elsa Haupt, Hauptstraße 100
Spezialgeschäft f. Rest u. Schnittwaren

Paul Heinz, Altwasserstraße 1
Markthalle Weißstein
Sämtliche Kolonialw., Obst u. Gemüse

Hans Herzog
Altwasserstraße 4
Billigste Bezugsquelle für Lebensmittel

Bernhard Seidel, Furststraße 3
Fleisch- und Wurstgeschäft

Gross Cante, Salzbrunner Straße 46
Feste, Partien
Tischdecken und Strohwaren

Ernst Giersch, Mittelstraße 4
Wöbel, Postkarten, Bettfedern
Arbeiterbekleidung, Schuhwaren

Waldenburg

Fahrrad-Handlung
Friedrich Raizler
Auenstraße 48
Reparatur-Werkstatt

Kaufhaus
Max Holzer
Friedländerstraße 10

Otto's Schuhbesorgungszentrale
Reparatur- u. Werkstatt
Waldenburg, Friedländer Straße 19
Karl Otto

Striegau

Fritz Köhler
Elektrische Anlagen
sämtliche Bedarfs-Artikel
Bahnhofstr. 34

Billigste Bezugsquelle für
Qualitätswaren
Bekleidungshaus A. Ostrower
Ring 48

Haase- und Kipke-Biere
Berliner Weibler und Gräzer
Biere Braunen und Heller
Limonen natürlich und nur
mit Zucker gesüßt
Otto Kosmahl, Striegau, Wilhelm-Str. 77, Tel. 120
Niederhandlung
und Fabrik alkoholfreier Getränke

Bekleidungshaus M. Wolff, Ringstr. 19
Spezialgechäft für fertige Herren-
und Knaben-Bekleidung

Zigaretten, Zigaretten, Zigaretten, empfiehlt
Josef Benzler, Schwednitzer Str. 3

Schuhwarenhaus Willy Heinemann
Wittigstrasse 1
empfiehlt sein reichhaltiges Lager

Kaufhaus Bürgel
Schwednitzer Straße 9
Haus- und Küchen-Geräte
Spielwaren

Rasier- und Friseursalon
Richard Schöber, Bahnhofstr. 21

Kauft bei
Licht
Ring 37

Modewarenhaus Reinhold Schwabe
Ring 9
Damen- und Mädchen-Bekleidung
Stoffe aller Art Wäsche, Strümpfe usw.

Ewald Fritsch
Fleischerei und Wurstwaren
Bahnhofstrasse 20

Bauschmann
Das gute Einkaufshaus
für Herren-, Damen- und Kinder-
Bekleidung

Hugo Müller
Billigste Bezugsquelle für Kolonial-,
Schmitt- und Emaillewaren
Bestandteile:
Altwasser, „Eisernes Kreuz“
Sandberger Kaufhaus

Progerie zum goldenen Weder
Josef Wunsinger
Jah. Apotheker San. Günther, Ring 38

Richard Ziel, Breslauer Str. 43
Fennel 1021
Eisenwaren, Werkzeuge, Beschläge
Haus- und Küchengeräte

Emil Pillau, Breslauer Straße 63
Brot- und Feinbäckerei

Carl Schubert, Charlottenbrunner Str. 21
Beder- und Postkarten

Alis Rajcke, Charlottenbrunner Str. 66
Brot- und Feinbäckerei

Gute Schuhwaren
bei Raibbaum, Altwasser

Ludwig „Eisernes Kreuz“ /
empfiehlt seine Spezialitäten für
Bergbau- u. Bergbauhilfsarbeiten

M. Schubert, Charlottenbrunner Str. 6
Fahrräder, Nähmaschinen
Spezialmaschinen / Reparaturwerkstatt
Kinderwagen, Puppenwagen

Zigaretten, Zigaretten, Zigaretten, empfiehlt
Adolf Radler, Inh. Fritz Radler
Breslauer Straße 44

„Weißes Roß“ Jah. Bruno Seliger
empfiehlt gr. Saal u. Bergbauhilfsarbeiten
zu Bergbau- u. Bergbauhilfsarbeiten

E. Schneider, Nachf. Inhaber Marie Eggert
Altwasser-Bahnhof
Damen- u. Kinder-
Kurz-, Weiß- und Wollwaren

Georg Anders
Breslauer Straße 54
Jahrl. feiner Fleisch- und Wurstwaren

Reifschneiderei Wilhelms Runder
Charlottenbrunner Straße 54

Julius Mücke
Charlottenbrunner Straße 7
Bäckerei u. Konditorei

August Jung, Breslauer Straße 44
Kolonial-, Zigaretten u. Emaillewaren

Oswald Wolf, Kohlenstr. 5
Lebensmittelhaus

Adolf Lobers, Breslauer Str. 32
Obst, Gemüse, Süßfrüchte

Altwasser

Fahrräder
Nähmaschinen
Kinderwagen
Oskar Hielscher, Poststr. 12

Richard Ziel, Breslauer Str. 43
Fennel 1021
Eisenwaren, Werkzeuge, Beschläge
Haus- und Küchengeräte

Alis Rajcke, Charlottenbrunner Str. 66
Brot- und Feinbäckerei

Billigste Bezugsquelle
für Konfektion
Max Ostrower, Goldberger Str. 34

Reifschneiderei Wilhelms Runder
Charlottenbrunner Straße 54

Julius Mücke
Charlottenbrunner Straße 7
Bäckerei u. Konditorei

August Jung, Breslauer Straße 44
Kolonial-, Zigaretten u. Emaillewaren

Oswald Wolf, Kohlenstr. 5
Lebensmittelhaus

Adolf Lobers, Breslauer Str. 32
Obst, Gemüse, Süßfrüchte

Waldenburg

Konfektionshaus
Max Silbermann
Herren- und
Kinder-Bekleidung

R. Karsunky
Möbel
Waldenburg, Ring 10

Fahrrad-Handlung
Friedrich Raizler
Auenstraße 48
Reparatur-Werkstatt

Kauft bei
Jacobsohn
Garten-
straße 8

Kauf Möbel
bei Ferdinand Deutsch
Gottesberger Straße 28

Max Holzer
Friedländerstraße 10

Reifschneiderei Wilhelms Runder
Charlottenbrunner Straße 54

Reifschneiderei
Karl Herrmann
Mühlstr. 37, Tel. 842

Max Holzer
Friedländerstraße 10

Reifschneiderei Wilhelms Runder
Charlottenbrunner Straße 54

Kauf Möbel
bei Ferdinand Deutsch
Gottesberger Straße 28

Max Holzer
Friedländerstraße 10

Reifschneiderei Wilhelms Runder
Charlottenbrunner Straße 54

Kauf Möbel
bei Ferdinand Deutsch
Gottesberger Straße 28

Max Holzer
Friedländerstraße 10

Reifschneiderei Wilhelms Runder
Charlottenbrunner Straße 54

Kauf Möbel
bei Ferdinand Deutsch
Gottesberger Straße 28

Max Holzer
Friedländerstraße 10

Sport vom Sonntag

Fußball

Wader II - Canth I: 4:0

Am Vebelpark spielten obige Mannschaften ihr fälliges Verbands...

Wader II - Canth I: 4:0

B. f. L. I - 1921 I: 4:1

B. f. L. II - 1921 II: 7:1

Wader I - Hermannsdorf I: 9:0

F. S. B. I - Kobornitz I: Kobornitz nicht angetreten.

Wader I - Adler-Flott I: Adler-Flott nicht angetreten.

Sturm I - 1924 I: 6:0

Sturm II - 1924 II: 2:0

Sturm III - Silesta-Riders III: 3:0

Hertha I - Hundsfeld I: 4:3

Hertha II - Hundsfeld II: Hundsfeld II nicht angetreten.

Handball

Spiele fielen aus!

2. Vorrunde um die Kreismannschaftsmeisterschaft der Athleten.

Der Bezirk Breslau des Arbeiter-Athletenbundes brachte am gestrigen Sonntag die ihm vom 1. Kreis übertragenen Vorrunden...

Notizen

Gegen die Reichsbanner-Sportabteilungen.

Die Bezirksstagung des 10. Bezirks des Arbeiter-Turn- und Sportbundes fand am 4. März in Hirschberg statt.

Reichsbanner-Sportabteilungen sind in dem Arbeiter-Turn- und Sportbund nicht anzunehmen.

Anwesend waren auf dem Bezirksstag 10 Vereine mit 30 Delegierten, 9 Bezirksmitglieder und 15 Gäste.

Ausführung.

Zu dem am Sonntag, dem 1. April, 8.30 Uhr, in Dömitz stattfindenden Waldlauf. Veranstalter: Sportvereinigung Nordost O. S. B. Breslau.

Fußballsparte: Schiedsrichter-Vereinigung. Zu dem am 16. d. M. 20 Uhr in der 'Erholung', Eichengartenstraße 44, stattfindenden Kurzauswahl haben folgende Genossen zu erscheinen:

Freie Turnerschaft. Der 31. März ist für die nächste Vereinsjugend-Versammlung vorgesehen.

Freie Turnerschaft. Kinderabteilungen. Sonnabend 19.30 Uhr im Gewerkschaftshaus Zimmer 12 Kinderauswahlprüfung.

eine Kreis höchstleistung; der Leichtgewichtler Schwitalla folgte ihm mit 160 Pfund, Sterner-Görlich mit 145 Pfund.

A-Klasse: Vorkampf Sportvg. Nordost I Breslau - Elche I Liegnitz: 12 1/2 : 2 1/2.

B-Klasse: Rückrunde Freie Sportvereinigung 1897 II Breslau - Atlas I Bunzlau: 8 1/2 : 5 1/2.

Freie Sportvereinigung 1897 (Bogabteilung). Am Sonnabend, dem 24. 3. kämpften wir in Liegnitz.

Bezirksturnerinnenrunde des 4. Bezirks. Am Sonntag fand eine Bezirksturnerinnenrunde in der schönen neuerbauten Städtturnhalle in Friedland statt.

Bezirksturnerinnenrunde des 2. Bezirks. Am 1. März 1928 fand diese in Görlich statt. Vdg. Lorenz eröffnete die Turnstunde.

Am 18. März Spielverbot! beschloß die 'Märkische Spielvereinigung' für alle Fußballvereine des 1. Kreises.

Osterbesuche der Bundeschule sind rechtzeitig anzumelden: Fichtestraße 32/34, Leipzig S. 3. Besuchszeit: Am Tage vor Oster und am zweiten Oftertag von 8-12 Uhr.

Sachsen Arbeiter-Wassersportler hielten in Dresden ihre Kreis-tagungen ab. Die Wassersportler verfügen über zehn Vereine und zwei Kanuabteilungen.

Die Dresdener Rastballmeisterschaften. Das Rastballspiel ist in Sachsen auf sehr guter Höhe und erfreut sich zahlreicher Anhänger.

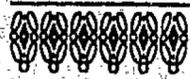
Die Eislaufmeisterschaften der sächsischen Arbeitersportler wurden in Tamper durchgeföhrt. Die Kämpfe wurden bei 15 Grad Frost ausgetragen.

hinter dem Bundesrekord. Im 5000-Meter-Lauf errang B. Pöhlitz-Lampere die Meisterschaft in 24,9 Min.

Vereinigte Theater Breslau

Lobe-Theater Von Sonnab., den 10. 3. bis Sonnabend, den 17. 3. täglich 20 Uhr.

Thalia-Theater Von Sonnabend, den 10. 3. bis Freitag, den 16. 3. täglich 20 Uhr.



Schauspielhaus Breslau

Operettenbühne Tel. Stephan 36300

Täglich 20 Uhr

'Der Zarewitsch'



Wir empfehlen unsere Buchdruckerei

Buchdruckerei zu Anfertigung von Werken Plakaten Briefbogen



PEUVAG Papier-Erzeugung und Verwertungsgesellschaft Berlin

M. Breslau Treibitzer Str. 50



Inserate

haben in unserer Zeitung guten Erfolg



Stadttheater Breslau (Opernhaus)

Montag, 20 Uhr Abonnement-Vorstellung Serie D 16 Das Wunder der Helene

Lederjacken

Schuhe, Stiefel, Ulster, Windjacken, kauft man billiger als auf Versteigerungen im Lombardhaus, Salvatorpl. 3/4

Feine Fleisch- und Wurstwaren

Wolkowiak Breslau, Viktoriastr. 118-20

Auch für Montag/Dienstag

gelten nochmal unsere kolossal billigen Werbepreise

Ostsee-Dorsch Pfd. 16 Grönelleringe nur 16 Seelachs o-Kopf, Pfund nur 22 Kabeljau Pfund nur 27 Weiße Koteletts, Pfund nur 60

Nordsee

Bohrauer Str. 2, Schmiedebrücke 10 (rechts v. Ring aus), Neus Schweidnitzer Str. 5 a, Anderssenstraße 2

Arbeiter-Gesangvereine!

Der Verlag der 'Freien Sänger-Gemeinschaft Deutschlands' liefert alle Freiheits- u. Tendenzchöre bekannter Komponisten zur Maifester u. anderen Gelegenheiten empfehlender Chorwerke für Männer, Frauen u. Gemischt-Chor.

Der kommunistische Genossenschaftler

Monatliche Beilage zur Tagespresse der R.P.D.

Notprogramm des Bürgerblocks — Hungerdiktat für die Werkstätigen

Nach dem Diktat Hindenburgs, „Notprogramm“ genannt, sollen den Großagrarern in den verschiedensten Formen 400 Millionen Mark in den Händen geblieben werden. So unter anderem 75 Millionen für eine Umwandlungsdation, 30 Millionen Mark für die Organisation des Abzuges von Schlachtweg und Fleisch 30 Millionen für die Forderung der außerordentlichen Notstände in der Landwirtschaft, 25 Millionen zur Nationalisierung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens usw. Wenn diese unmittelbaren Subventionen für Agrarier aus den Steuern der werktätigen Bevölkerung aufgebracht werden, so haben die weiteren Maßnahmen des Notprogramms die Vertenerung des Fleisches für die schaffende Bevölkerung zur Folge. Die bereits erfolgte Herabsetzung des zollfreien Gefrierfleischkontingents von 120.000 auf 102.000 Tonnen jährlich genügt den Jüngern nicht und nach dem Notprogramm soll das Gefrierfleischkontingent allmählich weiter herabgesetzt werden. Die vollständige Beseitigung der zollfreien Gefrierfleischkontingente ist das Ziel, was die Agrarier nunmehr in kurzer Zeit zu erreichen gedenken. Außer der Profiteure der zollfreien Gefrierfleischkontingente soll den Großagrarern eine Ausführprämie in Höhe des Schweinefleischpreises für Schweine und Schaffleisch gewährt werden. Selbst dem „Berliner Tageblatt“ geht diese Hungerpolitik des Bürgerblocks zu weit und zu der beschriebenen Ausdehnung des Einfuhrzollsystems für Schweine und Schaffleisch schreibt dasselbe in seiner Abendausgabe vom 22. Februar:

„Deutschland ist viel zu arm, als daß es freiwillige Volkshilfe“ aus Steuermitteln durchführen könnte, um dem ernährten und dem belohnten Arbeiter seinen Frühlingsbedarf künstlich zu verschaffen, während die deutsche Arbeiterklasse die höheren Preise zahlt und damit das Gewicht erst erwägt.“

Durch die Hochkurse für Agrarprodukte, die unter der Bürgerblockregierung zu direkten Hungerlöhnen gesteigert wurden, ist die Not der schaffenden Landwirte nicht beseitigt worden. Auch das Hindenburg-Notprogramm wird die schwere Lage der kleinen Bauern nicht erleichtern, sondern lediglich die Großagrarier werden die Nutznießer derselben sein. Die Not der kleinen Landwirte wird bleiben, der werktätigen Be-

völkerung wird ihr Stückchen Fleisch verkleinert und den Erwerbslosen, Sozial- und Kriegrentnern das letzte Stückchen Fleisch entzogen. Das „Notprogramm“ des Bürgerblocks hat den richtigen Namen erhalten, weil es die Not der kleinen Landwirte lindert und die Notlage und den Hunger der breiten Volksmassen ungeheuer steigert.

Die Sozialdemokratie hat gegenüber dem jetzt im Reichstag zur Erledigung stehenden „Hindenburg-Programm“ — bei dem das „Not-Programm“ für die Großagrarier ein Teil ist — als ganzes wohlwollend unterstützt. Die Preußenregierung, in der die SPD, entscheidenden Einfluß hat, hat sogar hinsichtlich der Maßnahmen für die Landwirtschaft die Initiative ergriffen und damit sich für die Unterjüngung der ärmsten Volksschichten eingesetzt. Wenn der R.P.D. gegen die Herabsetzung des zollfreien Gefrierfleischkontingents im Bunde mit den Christen und Hirchen „protestiert“ hat, so hat aber der schamlose Ausschlag des Bürgerblocks auf die Lebenshaltung der Werkstätigen die Instanzen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine nicht aus dem Schlafe zu wecken vermocht.

Die ostfriesischen Jünger und ihre politischen Nachfolger haben es meisterhaft verstanden, die Not der kochenden Pottern für ihre Kampfpunkte auszunutzen. Sie wissen, welche Bedeutung eine außerparlamentarische Bewegung auf die Gesetzgebung hat und deshalb haben sie die notwendigen Maßnahmen aufgebracht und vor ihren Karten gespannt. Den mißbrauchten Kleinbauern darüber aufzuklären, daß sie sich selbst die Ruten binden, mit denen sie geprügelt werden, wenn sie sich von den Jüngern ins Schlepptau nehmen lassen, ist eine wichtige Aufgabe der Arbeiterschaft. Aber angesichts des Hungerdiktats des Bürgerblocks muß die Arbeiterschaft neben dem Kampf um höhere Löhne geschlossen den politischen Kampf gegen den Bürgerblock und die diesen unterstützende SPD. führen. In allen proletarischen Organisationen müssen für diesen Kampf die Massen mobilisiert werden. Die proletarischen Genossenschaftsmitglieder müssen das Verlangen der reformistischen Genossenschaftsführer brandmarken, diese zur Verantwortung ziehen und alles daran setzen, damit die Genossenschaftsmitglieder, wie auch die Genossenschaften als Organisationen sich in die Kampffront gegen die Feinde der Arbeiterklasse einschließen.

25 Jahre Zentralverband Deutscher Konsumvereine

Am 17. Mai besteht der Zentralverband 25 Jahre. Auf dem Genossenschaftstag am 17. und 18. Mai 1902 in Dresden wurde er gegründet. Die Gründung des Zentralverbandes wurde vor allem von jenen Konsumvereinen betrieben, die 1902 auf dem Genossenschaftstag in Krefeld nach dem Allgemeinen Verband ausgetreten waren. Dem Krefelder Genossenschaftstag waren lebhafteste Auseinandersetzungen im Allgemeinen Verband vorausgegangen. Diese Auseinandersetzungen begannen um die Jahreswende. Nachdem die Entwicklung der Arbeiter-Konsumvereine in Sachsen immer schneller vor sich ging und die Arbeiterschaft auch in anderen Gegenden des Reiches sich härter an den Konsumvereinen beteiligte, ließen sich die Gegenstände im Allgemeinen Verband nicht länger überbrücken.

Das Vorgehen des selbstherrlichen Verbandssowjet Dr. Gröger gegen die Arbeiter-Konsumvereine ähnelte in vielem dem heutigen Vorgehen der Hamburger Jünglinge gegen die proletarische Opposition. Krefeld existierte nicht erst seit ein paar Jahren im Zentralverband. Bereits 1901 verlangte Gröger von den neu eintrudenden Konsumvereinen die Unterzeichnung eines Aktes, in dem sie sich verpflichten sollten, ihre Organisation nicht zu politischen Zwecken zu gebrauchen. Bei den sächsischen Auseinandersetzungen auf dem Genossenschaftstag 1901 in Baden-Baden stellte die Frage dieses Aktes einen der Hauptpunkte. In Baden-Baden sagte Gröger die „Hamburger Richtung“ an, daß sie die Konsumvereine zu politischen Zwecken gebrauchten. Erst später hob der Verbandssowjet Dr. Gröger bei den Auseinandersetzungen immer mehr wirtschaftspolitische Fragen in den Vordergrund, so auch auf dem Genossenschaftstag 1902 in Krefeld. Gröger wandte sich gegen die Konsumvereine, weil sie die Selbstbestimmung der Arbeiter in den Konsumvereinen durch die Überwindung der Kreditvereine des Mittelstands durch die Konsumvereine im Allgemeinen Verband und den Einfluß der Arbeiterschaft und der SPD auf die Konsumvereine, er hob die „Mittelstandskategorie“ in den Vordergrund und meinte, die Konsumvereine würden den Mittelstand „vernichten“. Gröger wandte sich auch gegen den großartigen Anstieg der Konsumvereine und den wachsenden Ausbau der Eigenproduktion und der Großverkaufsgeschäfte usw.

Genau das Vorgehen des Verbandssowjets Dr. Gröger und es wurde abgewandelt. Ein Teil seiner Reformen, die heute die unumschmeißliche Parteipolitik ausbilden, bestanden in damals oppositionellen Zügen. Über die Einzelheiten, die Rolle einzelner Führer usw. wird noch ausführlicher in den nächsten Nummern und in der Tagespresse zu berichten sein.

Poßchen den Ereignissen im Allgemeinen Verband und heute im Zentralverband ist manche Parallele möglich. Trotzdem, daß damals die Arbeiter in den Konsumvereinen eine nur unvollständige Interessenvertretung durch die Oppositionsbewegung sich gefallen ließen und daß die Forderungen, die ein- oder mehrere Führer der Sozialdemokratischen Partei, wie Konrad Pfeiffer, Hilberding, Götz, Wenz, Kowarschke usw. mit sozialdemokratischer Rhetorik, wie der Novembersozialist November 1910, aber die heutigen Parteitage 1910 und 1911 — Krefeld und Dresden an die Konsumvereine richteten, nicht berücksichtigt wurden und zum größten Teil auf dem Gehör standen, waren damals die ersten Schritte für die Gründung der Genossenschaften mit sozialistischem Charakter und die Entwicklung ihrer Aufgaben vorhanden. Heute sind alle die Konsumvereine in den Händen der kapitalistischen Wirtschaft und Gesch-

schaft und den Gesamtaufgaben der Arbeiterklasse, diese ersten Ansätze der proletarischen Genossenschaftsbewegung weiter zu treiben und sie zu einem vollständig klaren Programm für die Umgestaltung der Genossenschaften zu entwickeln. Wir unterscheiden uns vor allem dadurch, daß jetzt ein wirklich ernstes und zäher Kampf mit Hilfe der proletarischen Mitglieder, um die Einziehung der Genossenschaften in die proletarische Kampflinie und für die Vertretung der Interessen der proletarischen Genossenschaftsmitglieder geführt wird.

Die Konsumvereine im mitteldeutschen Metallarbeiterstreik

Die reformistischen Genossenschaftsführer sind vor den Maßnahmen der Metallgewaltigen feige zu Kreuze getrocknet und haben den mitteldeutschen Metallarbeiterstreik abgewinkt. Der Anteil, den die mitteldeutschen Konsumvereine zur Unterstützung der streikführenden Organisationen und Streikenden genommen haben, war nur ungenügend. Erst vor einigen Monaten fand in Mitteldeutschland der Bergarbeiterstreik statt. Damals machten die reformistischen Genossenschaftsführer noch das Mandat, bereits vor dem Ausbruch des Streiks in einer Einkaufsvereinbarung die Unterstützung ihrer am Streik beteiligten Mitglieder zu versichern. Ein ähnliches Mandat ist beim mitteldeutschen Metallarbeiterstreik unterblieben.

Die Rolle der Konsumvereine bei der Unterstützung des mitteldeutschen Metallarbeiterstreiks war ungenügend. Die proletarisch geleiteten Konsumvereine, wie Halle, Merseburg, Annaburg, Döbeln, Weißenfels u. a. haben an Streikhilfe gelehrt, was zu leisten möglich war. Ihre Unterstützung wurde unter besonderen Schweregeboten gewährt. In diesen Konsumvereinen war die Zahl der zu unterstützenden streikenden Metallarbeiter zum Teil eine sehr große, sogar der Anteil der Unterstützung — auch durch die längere Dauer des Streiks — nicht die allseitig gewünschte Höhe erreichen konnte. Hier hätte eben die zentrale Unterstützungskollektion des gesamten mitteldeutschen Konsumvereins einsetzen müssen.

Nach Pressemeldungen ist bisher nur bekannt, daß die reformistisch geleiteten Konsumvereine Eisenberg und Zeitz ihre am Streik beteiligten Mitglieder unterstützt haben. Die anderen bilden und nicht wenige reformistisch geleiteten Konsumvereine haben — soweit das aus der Presse ersichtlich ist — nicht einmal ihren am Streik beteiligten Mitglieder unterstützt.

Die größte Schwäche für die ungenügende Unterstützung des Metallarbeiterstreiks durch die Konsumvereine tragen die Instanzen des Verbandes mitteldeutscher Konsumvereine in Magdeburg und des Zentralverbandes in Hamburg, die auch sogar die ungenügende Hilfe isoliert haben. Der mitteldeutsche Konsumvereinsverband organisierte keine Unterstützungskollektion über das gesamte Streikgebiet, um so eine größere Streikhilfe der Konsumvereine zu erreichen, in deren Bereich viele Metallarbeiter im Kampf waren, durch die Solidarität solcher Konsumvereine, wo weniger Metallarbeiter sich im Kampfe befinden. Die Unterstützung wurde auch noch nicht als proletarische Klassenhilfe allen Streikenden gewährt, sondern „Kontakte“ sich auf die Unterstützung der Mitglieder. Es wurden keine gegenseitigen Vereinbarungen mit den streikführenden Organisationen, dem D.M.S. — aber auch der M.S. — für die Unterstützungskollektion weder drücklich, noch für das ganze Streikgebiet getroffen. Hier hätten die Konsumvereine noch viel Ergebenes zu erfüllen gehabt, die die reformistischen Führer sabotierten.

In den nächsten Wochen werden weitere Kämpfe bevor zu sein. Millionen Arbeiter laufen die Tarife ab. Die Instanzen der proletarischen Genossenschaftsmitglieder und streikenden Arbeiter müssen deshalb vorbereitet werden, die reformistische Seite in der Streikbewegung und eine große und zentral organisierte Streikhilfe der Konsumvereine zu erreichen.

Ämtlich festgestellter Gefrierfleischwucher

Die Auswucherung des Volkes ist in der freiesten der Republiken eine ganz natürliche Erscheinung, denn die gesamte Politik ist hierauf eingestellt. Die ämtlich festgestellten Bürgergewinne beim Gefrierfleischhandel in Höhe von 14 Millionen Mark in einem Jahre haben nicht den Zweck, die Auswucherung der arbeitenden Bevölkerung zu unterbinden, sondern sich ein Mittel, um die Hungerpolitik noch zu verschärfen.

Die Deutschrift des Untersuchungsamtes für Landwirtschaft des Ausschusses für Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen gestattet einen kleinen Einblick in die heimliche Wucherhohle der Kapitalisten. Von April 1928 bis April 1927 sind von den zur Einführung gekommenen 120.000 Tonnen zollfreien Gefrierfleisches 100.000 Tonnen durch die Hände von kapitalistischen Großhändlern gegangen und von diesen durch-

General- und Vertreterversammlungen

finden in den nächsten Wochen in vielen Konsumvereinen statt. Wegen der wichtigen genossenschaftspolitischen Aufgaben und den bevorstehenden zehn Unterverbandsstagen im Mai muß in diesen Versammlungen Stellung genommen werden:

- zur Unterstützung der Arbeiterkämpfe und dem Kampf gegen die Berufsunsinnigkeiten;
 - zum Kampf gegen die Zoll- und Steuerpolitik der Bürgerblockregierung;
 - gegen die Spaltungsschärfe im Internationalen Genossenschaftsbund;
 - zum 25jährigen Bestehen des Zentralverbandes und zur Frage der Hypothekensanft.
- Unser Auftreten in den General- und Vertreterversammlungen muß gut vorbereitet werden.

schon mit einem Uebergewinn von 7 Pfennig pro Pfund verkauft worden. Die Inhaber der Kontingentscheine, die eine Monopolstellung einnehmen, haben somit in einem Jahre 14 Millionen Mark aus den ärmlichen Volksschichten herausgedrückt, die ausschließlich als Konsumenten des Gefrierfleisches in Betracht kommen. Diese festgestellten Bürgergewinne beschränken sich aber auf den Großhandel und es kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß auch der Kleinverkauf nicht aus Liebe zu den Volksmassen mit einem beschriebenen Gewinn erfolgte. Daß die Gemeinden in der Ueberwachung der Kleinverkaufspreise vollständig versagt haben, wird in der Deutschrift durch die Gegenüberstellung der Kleinverkaufspreise von Hamburg, Berlin und Köln bewiesen. Mit Ausnahme von Hamburg haben sich in Berlin und Köln — feststehend auch in anderen Städten — trotz steigender Einfuhrpreise die Kleinverkaufspreise kaum etwas gesteigert. Die Preisspanne zwischen Einfuhr- und Kleinverkaufspreise betrug im Oktober 1927 in Hamburg 16, in Köln 29 und in Berlin 34 Pfennig.

Der Unterschied zwischen Hamburg und den anderen Städten ist insbesondere darauf zurückzuführen, daß die Konsumgenossenschaft „Produktion“ in Hamburg mehr als ein Drittel des gesamten Hamburger Gefrierfleischverkaufs über die G.S. direkt von den Exporteuren bezogen, in ihren ungefähren hundert Fleischläden verteilt hat und dadurch die Preise für Kleinverkäufer vermochte. In der Deutschrift heißt es darüber:

„Dieser in Hamburg vorbildlich organisierte konsumgenossenschaftliche Kleinverkauf von Gefrierfleisch ist es, der die Preise im Hamburger Kleinverkauf so stark unter Druck hält, daß die Behörden jeder Ueberwachung der Kleinverkaufspreise entbehren können.“

Vielen starken konsumgenossenschaftlichen Anteil an der Gefrierfleischversorgung der Hamburger Bevölkerung ist es zu verdanken, daß hier die Verbraucher von den Schäden der Kontingentierung nicht betroffen worden sind ...

Trotzdem die Konsumvereine in anderen Städten ebenfalls ihr Gefrierfleisch über die G.S. beziehen, haben diese aber auf die Senkung der Kleinverkaufspreise keinen Einfluß ausüben können, weil sie nur in sehr beschränktem Maße Fleischläden besitzen. Wenn der Hamburger „Produktion“ in diesem Falle das Vorbild zufällt, in Hamburg die Gefrierfleischpreise niedrig gehalten und den unerschämten Wucher entzogen zu haben, dann hat der Zentralverband im Kampf gegen den Gefrierfleischwucher, genau wie im Kampf gegen die Hungerwelle, vollständig versagt. Die konsumgenossenschaftliche „Produktion“ beschränkt sich darauf, die Deutschrift des oben genannten Ausschusses zu besprechen, ohne auch eine einzige Forderung zur Beseitigung dieses Wuchers zu erheben oder gegen die bereits erfolgte und weiter in Aussicht genommene Herabsetzung des zollfreien Kontingents zu protestieren und zur Verbindung dieses Wuchers des Bürgerblocks die Genossenschaftsmitglieder zu mobilisieren. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die reformistischen Genossenschaftsführer unter Hinweis auf ihre politische „Neutralität“ die Politik der „Klassenversöhnung“ fortsetzen und jeden Kampf gegen den Wucher und die Hungerwelle ausweichen und sich auf Bittschriften an den Bürgerblock beschränken.

Den Gefrierfleischwucher müssen die Genossenschaftsmitglieder zum Aufbruch nehmen, um in den Konsumvereinen gegen das Verlangen der reformistischen Genossenschaftsführer im Kampf gegen Preiswucher und Hungerwelle zu protestieren und die aktive Teilnahme der Genossenschaft mit den Saventigkeiten und proletarischen Organisationen mit allem Nachdruck zu fordern. Zur Aufhebung des parasitären Handels auf dem Gebiete der Gefrierfleischversorgung müssen die proletarischen Genossenschaftsmitglieder überall den schmerzlichen Ausbau des Reiches der Kleinverkäuferstellen der Konsumvereine herbeiführen. An dem geschlossenen Willen der werktätigen Massen muß die geplante Herabsetzung des zollfreien Gefrierfleischkontingents scheitern und durch den geschlossenen Kampf die Beseitigung der zollfreien Gefrierfleischkontingente herbeiführt werden. Entscheidend ist bis zur Erreichung dieses Zieles dafür zu kämpfen, daß der G.S. der gesamte Bedarf der Konsumvereine an Gefrierfleisch aus dem zollfreien Kontingent zur Verfügung gestellt wird.

Breslau

Märzgefallenen-Feier

Donnerstag, 20 Uhr
Zentralballotie, Westendstr.

Aus dem Programm:

- Rotz Revue 5 Bilder
- Musikvorträge Kapellen des RFB.
- Rezitationen Josef Kelm (Vereinigte Theater)
- Ausprache

Eintritt 30 Pfennig. Erwerbloses 20 Pfennig.

Erscheint in Massen!

Die Sammelpunkte zum Aufmarsch des RFB. werden morgen bekanntgemacht!

Heute Warmzustand der Schnaps!

Die Breslauer Schnapszettel befindet sich heute in erhöhter Kleinerbereitschaft, zum angeblichen Schutze der vormittags um 11 Uhr stattfindenden Landbundslandgebung. In der Nähe des Schloßplatzes sind in den Revieren schwer bewaffnete Hundertkämpfer untergebracht, die im Falle der Gefahr sofort eingesetzt werden sollen. Begründet wird die angebliche „Gefahr“ mit der Absicht der Breslauer Erwerbslosen, an der Schloßplatz-Landgebung teilzunehmen, um gegen die Beschimpfungen der Arbeitslosen durch heuffnationale Großagrarien zu protestieren, den Kleinbauern und Landarbeitern aber zu sagen, daß die Erwerbslosen unter der gleichen Not wie sie leiden und gemeinsam gegen den Kapitalismus und die Bürgerblockregierung kämpfen müssen. Während die Staatsbehörden und die Polizei es dulden, wenn die Landbändler zum Marsch nach Berlin und zum „Aufstand des Landvolkes“ aufrufen, setzen sie die bewaffnete Macht gegen die Erwerbslosen ein, die sich nicht länger von den Nichtlosen und Konsortien beschimpfen lassen wollen. Die Erwerbslosen werden sich durch die Drohungen der Polizei indessen nicht einschüchtern lassen, um von ihrem Recht auf die Straße Gebrauch zu machen und den Landbundshebern einmal das konzentrierte städtische Volk vor Augen zu führen.

Neuverteilung der Posten im Polizeipräsidium

Eine Folge der bisherigen gänzlichen Erfolgslosigkeit der hiesigen Polizei in der Aufklärung von Kapitalverbrechen ist eine in diesen Tagen, offenbar auf Druck von „oben“, erfolgte Neuverteilung der Dezernate im Polizeipräsidium. Es sind folgende Veränderungen eingetreten: Das Morbidezernat ist geteilt worden, und zwar werden Selbstmorde, Körperverletzung usw. getrennt bearbeitet, und ein Kommissar wird sich künftig ausschließlich mit den Delikten Mord und Totschlag beschäftigen. Hierfür ist der bisherige Leiter des Spiel- und Falkschußdezernates, Kriminalkommissar Fink, aussersehen worden. Die anderen Delikte werden weiterhin von dem bisherigen Morbidezernenten, Kriminalkommissar Gans, bearbeitet. Kriminalkommissar Seiffert, der bislang die Sittenabteilung leitete, ist für die nächste Zeit dem Fahndungskommando beigeordnet worden. Die Leitung des Fahndungskommandos liegt weiterhin in den Händen des Kommissars Graß. Die Spiel- und Falkschußabteilung steht künftig unter der Leitung des Kriminalkommissars Korba, der bis jetzt Meuterei und andere Delikte zu verfolgen hatte. An die Stelle des Kommissars Korba tritt Kommissar Mohland. Dessen Dezernat, Ladendiebstahl, Hehlerei usw., wird nunmehr von Kommissar Farrow geleitet. Das Betrugsdezernat geht an den Kommissar Kießling über, der neu von Berlin gekommen ist.

Eine „dürftige“ Gegengung

Wenn man in sozialdemokratischen Funktionärkreisen die ganze Oberflächlichkeit, Bedeutungslosigkeit und Dürftigkeit, sagen wir eines „Volkswacht“-Artikels oder einer Vortragsrede treffend kennzeichnen will, sagt man unter Anspielung auf den Namen des „Volkswacht“-Redakteurs Darf, „das ist dürftig“. Das kann man auch von dem Sonnabend-Artikel der „Volkswacht“ behaupten, wo sich Lügen-Darf wieder einmal „dürftig“ aufführt. Mit zu früh in die Welt hinausgerückter Freude erklärt er, dem „Arbeiter-Zeitung“-Berichterstatter

wäre über „lobtel Einzeltät“ (N) in der SPD-Vorstandssitzung „die Dürftigkeit“ abgebrochen. Als er zwei Stunden nach dem Schreiben solcher Seiten den genauen Bericht aus dieser Sitzung in der „Arbeiter-Zeitung“ lesen konnte, wird ihm wahrscheinlich nicht nur die Dürftigkeit abgebrochen, sondern noch etwas anderes passiert sein. Zum Schluß führt er als Beweise, wie „einzig“ man ist, einige Sätze der hiesigen sozialdemokratischen „Provingkorrespondenz“ an (die er vielleicht sogar selbst geschrieben hat) und versucht so zu tun, als wäre das die Meinung einer bürgerlichen Korrespondenz. Wir müssen gestehen, daß wir trotz allem, was wir bereits gewohnt sind, von solch „Dürftigkeit“ doch überrascht waren.

Besuch im Zuchthaus verweigert!

Der Genosse Ernst Bollweber wollte den seit Jahren im Zuchthaus Wohlau sitzenden Genossen Christian Heud besuchen. Obwohl politischen Gefangenen Vergünstigungen, auch hinsichtlich von Besuchen, gewährt werden sollen, hat der Wohlauer Strafanstaltsdirektor nach drei Wochen mit folgendem Schreiben abgelehnt:

Der Strafanstaltsdirektor. Wohlau, den 3. 3. 28.

Herrn

E. Bollweber

Breslau.

Auf das Schreiben vom 10. 2. 28 bedauere ich, Ihnen zur Zeit den beabsichtigten Besuch des Strafgefangenen Christian Heud nicht genehmigen zu können.

J. M. ges. Unterschrift.

Der Herr Direktor hat sich die Ablehnung leicht gemacht. Er findet es nicht einmal für notwendig, ein Wort der Begründung seiner Weigerung zu sagen. Sollte diese vielleicht darin zu suchen sein, daß Genosse Bollweber vor einiger Zeit mit dem Wohlauer Strafanstaltsdirektor etwas unanständig zusammengegeratet ist? Jedenfalls wirkt die Besuchsverweigerung auf die Behandlungsmethoden politischer Gefangener ein bezeichnendes Schlaglicht. Allerdings nur soweit sie Kommunisten sind. Willkürlichen Gemeingefänglingen geht es natürlich besser!

Sich selbst „überfallen“. In der Nacht zum 8. März wurde der Arbeitsturke Richter in der Werderstraße gefesselt und gefesselt aufgefunden. Er gab an, von zwei jungen Leuten überfallen und niedergeschlagen worden zu sein. Die Ermittlungen ergaben, daß der Ueberfall erfinden ist. Richter hat sich mit seinem eigenen Leibriemen die Hände gefesselt, die Füße band er mit Schnürbändern zusammen und steckte sich sein eigenes Halstuch in den Mund. Richter hat offenbar für sein längeres Ausbleiben Strafe von seinen Eltern beschlichtet.

Berufung im Gellin-Prozess. Oberstaatsanwalt Schäffer hat gegen das Urteil des Schöffengerichts im Prozess Gellin Berufung eingelegt.

Um die Wertzuwachssteuer. Zu der von der Industrie- und Handelskammer veranlaßten Mitteilung in den bürgerlichen Tageszeitungen über die Verfassung der Zustimmung zur Breslauer Wertzuwachssteuerordnung vom 8. Juli 1927 teilt der Magistrat mit, daß er Schritte unternommen hat, um nachträglich die Verfassungsverfügung in eine Zustimmungserklärung zu erreichen.

38 in einer Woche. In das Polizeigefängnis eingeliefert wurden in der Woche vom 26. Februar bis 8. März 38 Personen, darunter wegen Einbruchdiebstahls 4, einfachen Diebstahls 6, Betruges 4, Gehehlens 6, Minderjährigens 1, Hausfriedensbruches 1, Betteln und Arbeitslosen 6, feldvertriehen Gefugte 1, Schutzhaft 11.

Dachstuhlbrand. Am Freitag wurde die Feuerweh zu einem Dachstuhlbrande nach Klosterstraße 127 alarmiert. Durch Unvorsichtigkeit beim Umgang mit Licht waren einige Bodenlammern und die Dachkonstruktion in Brand geraten. Das Feuer wurde mit zwei Schlauchleitungen angegriffen, und bereits 25 Minuten nach dem Alarm konnte „Feuer aus“ abgegeben werden.

Der Topfmarkt findet ab Montag bis Donnerstag auf dem Neumarkt statt.

Bermittelt werden die 20 Jahre alte Emma Graß, Neumarktstraße 24, und der 20 Jahre alte Föndler Wilhelm Subat, Neuweltgasse 18.

Einen Selbstmordversuch unternahm in seiner Wohnung ein Mechaniker, der versuchte, sich die Pulsadern durchzuschneiden. Der Lebensmüde wurde in das St. Georgs-Krankenhaus überführt.

Veränderungen im Kraftbrotskassen. Im Breslauer Kraftbrotskassen sind folgende Veränderungen eingetreten: Herabsetzung der Grundtaxe bei Kleinkraftbrotskassen von 60 auf 45, bei Großkraftbrotskassen von 70 auf 50 Pf.; — teilweise Erweiterung der Grundentfernung, Beginn der Nachtzeit auf 11 1/2 Uhr (bisher 10 Uhr); — Fortfall des Nachtzuschlags und der Vorbestellgebühr (je 25 Pf.); — Ermäßigung der Wartzeitvergütung und des Gepäckszuschlags.

Platzkonzerte des RFB. Die Abteilungen II und III des RFB. veranstalten morgen von 18.30 bis 19.30 Uhr Platzkonzerte an der Hirschstraße und der Tauenpflanzstraße Ecke Neumarktstraße.

Rino

Obertor-Nachtspiele. „Zirkus Reng.“ Der Film schildert Leben und Schicksale von Menschen der Manie. Ein Zirkusleiterin gelingt der Sprung von einem bankrotten Zirkus in den großen Zirkus Reng. Die tiefe Leidenschaft, die ein Jodel zu ihr faßt, scheint in einer Tragödie zu enden, überwindet aber am Ende alle Hindernisse. In fesselnder Handlung zeigen gute Bilder Leben und Treiben des Zirkusbüdchens. Sonntag und Montag „Der Bettelstudent“.

Apollo-Nachtspiele. „Heimweh.“ Die Handlung beginnt mit der russischen Revolution, deren Wesen und Träger stark vergeret dargestellt sind. Dann Flucht bis Paris. Das Leben der Emigranten wird geschildert in verschiedenen Variationen von grauer Hoffnungslosigkeit bis zur Sorglosigkeit der Spitzen. „Heimweh“ treibt die Fürstentochter mit ihrem Partner, ihrem früheren Verwalter, der nun Arbeiter geworden ist, wieder zurück nach Russland. Das Ende ist etwas gewaltsam konstruiert, der bekannte „veröhnende Abschluß“. Sonntag und Montag „Zirkus Reng“.

Volkshöhne. Am 14. d. M. gibt die Pianistin Ellen Eppstein aus Berlin im Mozartsaal einen Klavierabend im Rahmen der Sonderveranstaltungen der Volkshöhne. Die Mitglieder der Volkshöhne erhalten Eintrittskarten zum Einzelpreis von 1 Mark in der Geschäftsstelle, Nichtmitglieder zum Preise von 2 und 3 Mark auch bei Galmner.

Öffentliche Frauenversammlung

Dienstag, Schultheißequelle, Bergmannstraße 12. Referent: Genosse Reim. RFB. Abt. II (Nord). Guleitung.

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen

Freiburg. Dienstag 19.30 Uhr Gesamt-Mitgliederversammlung „Grüner Baum“.

Roter Frontkämpfer-Bund

Breslau. — Abt. 1. Montag 20 Uhr Kameradschaftsabend Brüderstraße 79, „Eisenbahn“. — Abt. 2. Montag 18.30 Auftreten Briggenthal 7 mit Rot. Jungfr. — Abt. 4. Deut 18.30 Uhr Auftreten bei Kapf, Mariannenstraße. Striegau. RFB. Dienstag 20 Uhr Generalappell „Stadt Breslau“.

Sonstige Organisationen

Breslau. — Rote Hilfe. Di. Dienstag 20 Uhr „Eisenbahn“, Brüderstr. 79. — Volksbund für Mutterschutz. Dienstag 20 Uhr im Gewerkschaftshaus Mitgliederversammlung. Striegau. Gesangsverein „Frei Echo“. Montag 20 Uhr Übungsstunde, Lokal „Stadt Breslau“. Görlitz. Rote Hilfe. Mittwoch 20 Uhr Mitgliederversammlung im Felsenkeller.

Heute 19.30 Uhr Generalappell des RFB. auf dem Neumarkt — Alle Abteilungen marschieren geschlossen an! — Kein Kamerad darf fehlen!

LOURDES

Von EMILE ZOLA

Man stelle sich vor, was ihnen drohte! Ein Grabmonument auf dem Friedhof, zu dem die Pilger sich in Prozessionen begeben, dessen Marmor die Kranken sieberhaft küssen würden, und an der sich unter heiliger Inbrunst Wunder vollziehen könnten! Das bedeutete eine wirkliche, unheilvolle Konkurrenz, die Verletzung der Andacht und des Wunders an einem anderen Ort. Und immer wieder kam die große, die einzige Furcht, teilen und sehen zu müssen, wie das Geld anderswohin getragen wurde, wenn die nunmehr Klug gewordene Stadt aus dem Grabmal ihren Vorteil zu ziehen wüßte.

Man dichtete den Patres sogar einen Plan voll tiefer Arglist an. Sie sollten den heimlichen Gedanken gefaßt haben, den Leichnam der Bernadette für sich selbst aufzusparen und die Schwestern von Revers hätten sich einfach verpflichtet, ihn für sie im Frieden ihrer Kapelle zu hüten.

Wer sie warteten die Zeit ab und wollten ihn erst dann hierher bringen, wenn der Andrang der Pilger abzunehmen beginne. Was nützte diese feierliche Ueberführung jetzt, wo fortwährend immer zahlreichere Volksmassen herbeiströmten? Wenn aber der außergewöhnliche Erfolg Unserer Lieben Frau von Lourdes wie alle Dinge dieser Welt auf die Reize ginge, so konnte man sich denken, welche neuen Anzeichen des Glaubens die feierliche, überall miderhallende Zeremonie verursachen würde, eine Zeremonie, bei der Christenheit sehen sollte, wie die Ueberreste der Auserwählten wieder Besitz ergreifen an der heiligen Erde, der sie so viele Wunder hatte entpreisen lassen. Und auf dem Marmor ihres Grabes, vor der Grotte aber im Chor der Basilika würden die Wunder von neuem ihren Anfang nehmen!

„Sie dürfen suchen,“ fuhr Doktor Chassigne fort, „aber Sie werden in Lourdes kein einziges mit geistlicher Genehmigung aufgestelltes Bild der Bernadette finden. Man verkauft ihr Porträt, aber irgendwo, in keinem Heiligtum ist ein solches zu sehen. Dieses Verbot ist die Frucht eines Systems; sie entspringt dem nämlichen Gefühl dumpfer Besorgnis, das das traurige Zimmer, in dem wir uns befinden, in Schweigen und Verlassenheit hat versinken lassen. Die

man die Möglichkeit eines Falls auf ihrem Grabe fürchtet, so fürchtet man, es möchte das Volk hierher kommen und auf die Knie fallen, sobald eines Tages auf jenem Kamin zwei Kerzen brennen und dort Rosenkränze blähen würden. Und wenn dann eine Gelächter aufstände mit dem Ruf, daß sie gefaßt sei, welche ein Vergnügen, welche Unruhe in den Seelen der guten Handelsleute von der Grotte, die ihr Monopol in schwere Gefahr gebracht hätten! Sie sind die Herren und beabsichtigen, die Herren zu bleiben; sie wollen nichts aus der Hand geben von dem prächtigen Pachtgut, das sie eroberten und jetzt ausbeuten. Und dennoch zittern sie. Ja, sie zittern vor dem Andenken an die Arbeiter der ersten Stunde, an das kleine Mädchen, das im Tod so groß ist, und dessen ungeheures Erbe sie mit solch verzehrender Begehrlichkeit erfüllt, daß sie, nachdem sie es fortgeschickten, um in Revers zu leben, nicht einmal wagen, seinen unter dem Pflaster eines Klosters eingeleerteten Leichnam wieder hierher zu bringen!“

Ah, wie häufig war das Schicksal dieses armen Wesens, das von den Lebenden abgefordert wurde und dessen Leichnam man nun mit der Verbannung beehrte! Wie sehr bedauerte Pierre das arme, seltsame Geschöpf, das nur auserwählt zu sein schien, im Leben und im Tod zu leiden! Sogar angenommen, es hätte nicht ein beharrlicher, auf ein einziges bestimmtes Ziel gerichteter Wille Bernadette verschwinden lassen und sie selbst ins Grab hinein bewacht — welche Folge sonderbarer Umstände! Und wie sehr hatte es den Anschein, als ob irgend jemand, Beunruhigt durch die ungeheure Macht, die sie gewinnen konnte, sich stets eiferfüchtig bestrebt hätte, sie abwärts zu halten! In den Augen Pierres blieb sie die Auserwählte und Märtyrerin, und wenn er auch nicht mehr glauben konnte, wenn die Geschichte dieser Unglücklichen auch hinreichte, um den Glauben in ihm vollends zu vernichten, so erschrökte sie doch nichtsdestoweniger sein brüderliches Gefühl, indem sie ihm eine neue Religion offenbarte, die einzige, wozu sein Herz noch voll war, die Religion des menschlichen Lebens und des menschlichen Leidens.

Gerade vor dem Verlassen des Zimmers rief Doktor Chassigne: „Hier, mein liebes Kind, zwingt es uns zum Glauben! Betrachten Sie dies dunkle Loch, und denken Sie an die glänzende Grotte, die triumphierende Basilika, an die ganze neugebaute Stadt, an diese neue, glänzende Welt und die zusammenstürzenden Welterben!“ Wenn aber Bernadette nur eine Halluzination, eine Vision war, ist dann das Abeneuern nicht noch eifriger und nachhaltiger? Wie? Der Traum einer Wahnsinnigen hätte genügt, um die Nationen derart in Bewegung zu setzen? Nein, nein. Das Wesen

eines göttlichen Hauchs war hier bemerkbar, und das allein vermag das Wunder zu erklären!“

Pierre stand im Begriff, eine lebhafteste Antwort zu geben. Ja, es war so! Das Wesen eines Hauchs, das Schluchzen des Schmerzes, die unaussprechliche Sehnsucht nach der erhofften Unendlichkeit hatte gewaltet. Wenn der Traum eines leidenden Kindes genügt hätte, um die Völker herbeizuführen, Millionen regnen und eine neue Stadt aus dem Boden wachsen zu lassen, geschah dies dann nicht deshalb, weil dieser Traum den Hunger der armen Menschen, ihr unerfülltes Bedürfnis betrogen und gestillt zu werden, einigermaßen stillte? Bernadette hatte, ohne Zweifel in einem sehr günstigen gesellschaftlichen und geschichtlichen Augenblick, das Unbekannte wieder erschlossen, und die Massen hatten sich darauf gestürzt. O, wenn man doch im Geheimnisvollen seine Zuflucht fände, da die Wirklichkeit so hart ist! Wenn man dem Wunder vertrauen dürfte, da die grausame Natur doch nur voller Ungerechtigkeit zu sein pflegt! — Wie vergeblich ist es, das Unbekannte zu organisieren, es in Dogmen zusammenzufassen und es als gefestigte Religion darzustellen. Im Grunde ist es immer nur der Ruf des Leidens, der Ausschrei des Lebens, das Gesundheit, Freude und Glück verlangt und bereit ist, diese Güter in einer andern Welt anzunehmen, wenn es sie auf dieser Erde nicht haben kann. Was nützt also der Dogmenglaube? Ist es nicht genug, wenn man weint und liebt?

Indessen liebte Pierre seine abweichende Meinung nicht in Worte. Er hielt die Antwort, die ihm auf die Lippen stieg, zurück. Irigens war er der Ueberzeugung, daß das ewige Bedürfnis nach dem Uebernatürlichen in den vom Schmerz heimgesuchten Menschen den ewigen Glauben lebendig erhält. Das unmöglich zu beweisende Wunder sollte das der verzweifelten Menschheit notwendige Brot sein und hatte er sich nicht zugeschnitten, in barmherziger Liebe niemand mehr durch seinen Zweifel zu betriben?

„Welches Wunder, nicht wahr?“ beharrte der Doktor auf seinem Ansich.

„Gewiß!“ antwortete er erblüht. „In diesem armseligen, feuchten und schwarzen Zimmer hat sich das ganze menschliche Drama abgespielt; alle bekannten Kräfte haben darin mitgewirkt.“

Sie verharren noch einige Minuten im Schweigen. Dann glagen sie nachmalen den Wänden entlang, erhoben die Augen zur veränderten Zimmerdecke und warfen einen letzten Blick in den engen, von grünlichem Licht erfüllten Hofraum.

Waldenburger Bergland Millionen für die Grubenbesitzer

Am Sonnabend gab die bürgerliche Th. folgende Meldung durch: „Der Reichstag legt vorliegende Nachtragsetz für 1927 ermächtigt den Reichsfinanzminister, zur Rationalisierung industrieller Betriebe in besonders gefährdeten Grenzgebieten Garantien bis zu 12 Millionen Reichsmark zu übernehmen. Es ist u. a. beabsichtigt, die Bergwerksunternehmen des Waldenburger Kohlenreviers betriebsmäßig und finanziell so auszugestalten, daß die Betriebe bei angemessenen Arbeitslöhnen fortgeführt werden können. In diesem Zweck werden die Betriebe Kredite aufnehmen, deren Beschaffung durch die Übernahme einer Garantie des Reiches und Preußens erleichtert werden sollen.“

Damit geht ein langjähriger Wunsch der Waldenburger Grubenbesitzer und der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer in Erfüllung. Die Grubenbesitzer bekommen Geld, um ihre Betriebe rationalisieren zu können. In der kapitalistischen Republik ist Rationalisierung gleichbedeutend mit verschärftem Antreiber-System und Arbeitslosigkeit. Was die Regierung und Grubenbesitzer unter „angemessenen Löhnen“ verstehen, ist zur Genüge bekannt. Sie sagen „angemessene Löhne“ und meinen „keinerlei Lohnerhöhung, eher Lohnabbau“! Lohnerhöhung aber werden die Waldenburger Bergarbeiter erkämpfen müssen!

Gr. B. Waldenburg

Die Proleten wohnen...

In Hartau bei Weißstein wohnt im Hause Nr. 18 eine Arbeiterfamilie in einer Wohnung, die nur aus einer Stube besteht. Die Beschaffenheit dieser „Wohnung“ hat der Fürsorgearzt Dr. Krebs am 14. Januar 1927 mit folgenden Worten in einem Gutachten geschildert: „Die Familie G... muß in einem zu ebener Erde gelegenen Zimmer von circa 4x3x2,5 Meter wohnen, dessen Wände mit Pilzen bedeckt sind und dessen Fußboden sehr naß ist. Auch die Zimmerluft ist feucht, dumpfig und ungesund. Das Stroh in den Betten ist stodig und faulig. Die Familie (Vater, Mutter und vier Kinder im Alter von 1/2-5 Jahren) ist dauernd leidend. Wenn nicht das Leben der Kinder und die Arbeitsfähigkeit der Eltern gefährdet werden sollen, ist es dringend erforderlich, daß der Familie G. baldigst eine gesündere Wohnung angewiesen wird.“

Den Antrag des Arbeiters auf eine gesündere Wohnung glaubte die Gemeinde Neusalzbrunn (damals noch nicht mit Weißstein eingemeindet) mit einem Gutachten der Wohnungskommission zu beantworten, so daß erst das Wohlfahrtsministerium angerufen werden mußte, worauf durch den Regierungspräsidenten der Kreisaußschuß Waldenburg ersucht wurde, der Arbeiterfamilie „baldmöglichst eine geeignete Wohnung zuzuwenden.“ Zugleich wurde in dem Antwortschreiben des Regierungspräsidenten gesagt: „Bei den besonders schwierigen Wohnungsverhältnissen im Waldenburger Industriegebiet ist es aber fraglich, ob der Kreisaußschuß diesem Ersuchen alsbald entsprechen kann.“

Die Arbeiterfamilie hat noch heute keine andere Wohnung. Wohl wurde ihr eine Wohnung auf dem Wege des Zwangsmietsvertrages in Aussicht gestellt, doch ist es immer noch fraglich, ob und wann das Amtsgericht Waldenburg den Entscheid zugunsten des Arbeiters G. fällen wird.

Sie fragen die Gemeindeverwaltung Weißstein an, wie lange noch die Kinder des Arbeiters G. in der ungesunden Wohnung hausen sollen? Das Gesundheitsamt müßte schon längst eine Wohnung von der im ärztlichen Urteyl geschilderten Beschaffenheit gesperrt haben!

Eine Rekordzahl — so wird uns geschrieben — bedeutet die Zahl der Neuaufnahmen für die Volksschule im Monat Februar im Bereich der Rechnungshilfe Waldenburg. Nachdem im Januar die ansehnliche Zahl von 870 Neuaufnahmen getätigt worden waren, wurden im Februar 1134 Neuaufnahmen herbeigeführt. Auch diese Zahl zeugt von wachsendem Verhältnis der Arbeiterfamilie für die von ihr geschaffenen Einrichtungen, und von der immer mehr wachsenden Erkenntnis, daß der Volksschule als Institut der Arbeiterfamilie eine über die Pflege des besten Versicherungsgedankens hinausreichende Bedeutung zukommt. Ansehnlich waren auch die Leistungen im Februar in bezug auf die Anzahlung von Sterbefällen. 26 Sterbefälle mit einer Versicherungssumme von 548,50 M. einschließlich der angefallenen Gewinnanteile wurden in diesem Monat von der Rechnungshilfe ausbezahlt. Wieder einen Schritt weiter zu dem höchsten Ziel: die Volksschule die Versorgung des schaffenden Volkes werden zu lassen.

Ein Vollkonzert in Dittersbach findet am Mittwoch, dem 14. 3. 1928, 20 Uhr, im Saale des Hotels zum „Fischerhause“ statt. Der Eintrittspreis beträgt 0,50 Mark, für Mitglieder des Vereins der Musikfreunde die Hälfte.

Noch vor dem 31. März mußst du deinen Antrag auf Steuerzürückhaltung stellen und den Kirchenantritt erklären. Die Anträge auf Lohnsteuerzurückhaltung für 1927 müssen bis 31. 3. beim Finanzamt sein. Spätere Anträge werden nicht mehr berücksichtigt. U. a. sei darauf hingewiesen, daß Krieg- und Zivilbeschädigte mit mindestens 25 Prozent Erwerbsbeschränkung das Recht haben, eine Erhöhung der steuerfreien Beträge um den Prozentsatz ihrer Erwerbsbeschränkung zu beantragen. Diese Anträge müssen beim zuständigen Finanzamt unter Vorlegung der Steuerkarte für das Jahr 1928 und des Steuerbescheides, aus dem der Prozentsatz der Erwerbsbeschränkung hervorgeht, gestellt werden. Dies kann auch noch für das vergangene Jahr geschehen. — Der bis zum 31. März letzten Austritt aus der Kirche erklärt, braucht nur noch bis zum 30. Juni 1928 Kirchensteuer bezahlen. Erfolgt der Austritt nach dem 31. März, so besteht die Verpflichtung, die Kirchensteuer bis 31. März 1929 zu entrichten. Man handle also sofort!

Königszeit

Während der Gewerkschaftsfeierlichkeiten...
Vergangene Woche veranstaltete die christliche Gewerkschaft deutscher keramischer Arbeiter eine Versammlung in Königszeit. Der große Saal konnte die nicht erschienenen Vorstandsmitglieder nicht fassen und man flüchtete in Stühle von 11 (elf) Mann in das kleine Vereinszimmer. Dort wurde eine Rede zur Vertriebsarbeit gehalten und diese fünf Tage zu spät einem Direktor in die Hand gedrückt. Ueber die Kandidaten auf der christlichen Liste wollen wir nicht erst reden. Jeder eine Karte für sich, aber nicht für die Arbeiterchaft. Vorstandsmitglieder, Kollegen, Kolle-

genen, keiner von euch darf der christlichen Organisation nachlaufen! Alles hinein in den Fabrikarbeiterverband, Abteilung Keramischer Bund. Rüstet zum 31. März, da an diesem Tage der Tarif abklingt und der Kampf unausbleiblich scheint.

Landeshut

Nach Arbeitervertreter

Ein Liebauer Arbeiter schreibt uns: Ich bin jetzt 20 Wochen krank und erhalte die Woche 17,15 Mark Krankengeld, wovon noch 0,80 Mark Faszgelb und 1 bis 1,50 Mark auf Medikamente abgehen. Von den restlichen 15 Mark sollen vier Personen leben. Nun habe ich einen Antrag an das hiesige Wohlfahrtsamt gestellt. Da ich erfuhr, daß die Sitzung schon stattgefunden hatte, ging ich zu dem Mitglied der Kommission, W a y l e (Sozialdemokrat), und fragte an, wie es mit meinem Antrag steht. Der Sozialdemokrat W a y l e ließ mich stehen. Ich sagte zu ihm: „Sie tun ja, als wäre dieses ein Amtsgeheimnis!“ „Das sind auch Amtsgeheimnisse,“ sagte er. Jetzt habe ich diese „Arbeiter-Vertreter“ kennengelernt!

Görlitz

Der Entenstall als Wohnung

Der aus früherer Zeit gutbekannte deutschnationale Gutbesitzer S c h n e i d e r aus Ludwigsdorf macht wiederum von sich reden. Ein Gutсарbeiter mußte sich auf Grund der schlechten Lohnverhältnisse eine andere Beschäftigung verschaffen, um nicht noch mehr in Schulden zu kommen. Die Arbeit war bald gefunden, doch eine neue Schwierigkeit stellte sich auf Veranlassung des Schneiders ein. Der Arbeiter wohnt zur Zeit noch in der Gutswohnung und soll diese nun räumen. Er erklärte sich zur Räumung bereit, sobald ihm von Schneider eine entsprechende Wohnung, die der jetzigen zum mindesten gleichkommt, gestellt wird. Schneider erklärte sich dazu bereit und bot dem Arbeiter, man schaue über die Gemeinheit, einen Raum an, in dem zur Zeit Enten und sonstiges Geflügel untergebracht sind. Der Raum hat keinen Ofen, ist dreckig und mistig, kurzum alles andere als eine menschliche Wohnstätte. Herr Schneider, wie wäre es, wenn sie dem Arbeiter ihre Wohnung abtreten und selbst mit dem Entenstall vorlieb nehmen würden. Wir sind gespannt, was bei dem Einigungstermin herauskommt. So sehen die deutschnationalen Gutbesitzer aus!

Feuer im Güterzuge. Auf dem Bahnhof R o y s bemerkten Bahnbedienstete, daß aus einem mit Bier beladenen gedeckten Güterwagen Rauch aufstieg. Der Wagen wurde geöffnet und es wurde festgestellt, daß durch die mitgeführte korbartige Heizvorrichtung ein Feuer entstanden war und daß bereits einige Fässer angebrannt waren. Nachdem der Brand gelöscht war, konnte der Wagen seinem Bestimmungsort entgegenrollen.

Feuer. Im Hause L u n i z 6 c entstand in der Wohnung des Schlossers S p o r n Feuer, vermutlich durch Kinder. Hausbewohner bemerkten rechtzeitig die Gefahr, verschafften sich Eingang in die Wohnung und konnten die bereits auflodernden Flammen löschen. Größerer Schaden wurde verhütet und die Kinder vor großer Gefahr gerettet.

Lebensliche Frauenversammlung

am Freitag im Restaurant zur Altstadt, Nikolaisadtgraben. Anfang 20 Uhr. Eintritt 10 Pfennig. Berläufige, erscheint zahlreich!

Veränderungen bei der Landjägererei des Kreises Görlitz. Wie vom Landratsamt mitgeteilt wird, treten mit dem 1. April d. J. folgende Personalveränderungen bei der Landjägererei des Kreises ein: Landjägeroberleutnant P o h m i n z - G ö r l i t z sowie die Landjägermeister D o m o g a l l a - R o y s und G a s s e - P e n z i g treten wegen Erreichung der Altersgrenze in den Ruhestand. Oberlandjägermeister B r i e g e l - P e n z i g ist in gleicher Eigenschaft nach B r o s t a n, Kreis Glogau, versetzt. An seine Stelle ist der Oberlandjägermeister S c h w a n aus Egerzdorf, Kreis Bunzlau, berufen worden.

Goldberg

„Nicht bedürftig“

Ein aus Strodendorf bei Goldberg kommender Landarbeiter wurde vor einiger Zeit Mutter eines unehelichen Kindes. Da die Nachforschungen nach dem Vater bereits 13 Monate erfolglos sind, ist natürlich die Mutter in große Not geraten. Als Landarbeiterin verdient sie monatlich 36,50 Mark, von denen sie 35 Mark allein als Pflegegeld für das Kind bezahlen muß. Sie hat also 1,50 Mark für einen ganzen Monat und von diesem Gelde soll sie sich Kleiden und sonstige Ausgaben bestreiten. Daß das vollkommen unmöglich ist, dürfte wohl jeder einsehen, nur nicht der Kreisaußschuß Goldberg, der ein Unterstützungsgeßuch der

Kommunistischer Landtagsantrag zur Bratsch-Regulierung angenommen

Wie erinnerlich wurde in der Nacht vom 2. zum 3. Juni 1926 das Hirschberger Gebiet durch eine Hochwasserkatastrophe schwer heimgesucht. Auch der Ort Agnetendorf wurde hierbei hart betroffen. Die Anlieger des Egnergrabenlaufes und anderer Flußläufe wurden nur zum Teil entschädigt. Noch ärger aber erging es den Anliegern des Gebirgsbaches Bratsch. Hier erklärte sich die Provinzialstaatsverwaltung sowie der Senat für nicht zuständig für den Wiederaufbau der zerstörten Ufermauern. Man berief sich auf den § 115 des Wassergesetzes vom 7. April 1913, wonach das Bratschwasser ein Wasserlauf dritter Ordnung sei, das dem Hochwasserbeschützgesetz nicht untersteht. Da die Wiederaufbaukosten der Ufermauern ungefähr den Betrag von 60000 Mark ausmachten, konnte gar keine Rede davon sein, daß die Anlieger, alles alleine zu zahlen und Arbeiter, diesen Betrag selbst aufbringen könnten. Die Anlieger hielten vor reichlich einem Jahre eine Versammlung ab und übergaben die ganze Angelegenheit dem Landtagsabgeordneten Gen. S c h u l z. Mehrmalige Klümpchen besessen mit der Provinzialverwaltung und dem Landwirtschaftsministerium blieben erfolglos. Einige kleine Anfragen des Genossen Schulz im Preussischen Landtag wurden ebenfalls negativ beantwortet. Deshalb stellte Genosse Schulz am 18. November 1927 im Landtag folgenden Antrag:

... Der Landtag wolle beschließen: Das Staatsministerium wird ersucht,

Kranke. Ein im Unglück. Am Montag vergangener Woche lief der 6-jährige Sohn des Schweizer Kaufmanns in ein Kaffeehaus der Mühlenstraße. Er wurde von dem vorderen Schutzblech am Kopfe verletzt, zu Boden geworfen und überfahren. Durch die Energie des Chausseurs wurde ein größeres Unglück verhindert, indem er den Wagen mit Anhänger sofort abbremste, so daß das Hinterrad vor dem Körper des Kindes zum Halten kam. Die Kinder spielten im Lagerplatz des Sägewerks von Franz Schubert. Dabei überquerten die fortwährend in schnellem Lauf die Straße, die ohnehin schlecht zu übersehen ist. Die Wunde am Kopfe wurde vom Arzt genäht. Lebensgefahr besteht nicht.

Lieber. Industrie-Krise. Eine hartnäckige Krise hat die Industrie am Orte erfasst. Deren Auswirkung spürt am meisten der Arbeiter. Die Textilindustrie arbeitet verkrüppelt, zum Teil liegt sie mehrere Wochen ganz still. Die Holzindustrie, welche sich seit der Wiederaufnahme nicht mehr erholt, arbeitet mit einem Drittel der Belegschaft verkrüppelt. Das Glaswerk liegt ganz still. Trotzdem zeigen die Jahresbilanzen, daß es den Besitzern durchaus nicht schlecht geht. Die Feldmühle gehört zum Stettiner Feldmühl-Konzern. Der Jahresbruttogewinn betrug 3 128 134 Mark. Das Aktienkapital beträgt 13 Millionen Mark. In seinem Hauptwerke läuft die größte Maschine Europas mit einer Papierbahn von 6 Meter Breite und einer Tagesleistung von 50—80 000 Kilogramm Papier. In dem Werk Hohenkrug wird jetzt eine Maschine im Werte von 1 Million fertiggestellt, und in Liebau läuft eine ganz neue Maschine im Werte von 250 000 Mark. Ein Generaldirektor besitzt allein ein Mittagstisch mit einer Pferdebezug von 200 Stück Pferden. Die Arbeiter haben niedrige Löhne, dafür aber eine Werkzeitung und Werkvereine.

Niederschlesien

betreffenden Arbeiterin mit der Begründung, sie wäre „nicht bedürftig“, ablehnte. Die Leute, die einen derartig hartnäckigen Entschluß fassen, würden sich bestimmt mächtig empören, würde eine auf diese Weise zur Verzweiflung getriebene uneheliche Mutter zur Kindesmörderin werden.

Neusalz

Die Grenzlandbahn. Im Auftrage des Arbeitsausschusses der Grenzlandstädte ist eine Denkschrift erschienen, in der u. a. folgendes ausgeführt wird: Die Grenzlandbahn soll unter möglichst weitgehender Benutzung bereits bestehender Strecken die Ortshafen Kreuz, Dörfen, Trebitz, Berlin, Meßeritz, Bombst, Unruhstadt, Kolzig, Schlawe, Fraustadt, Gubrau, Trachenberg und Dels beschreiben und dort zweigleisigen Anschluß nach Oberschlesien nehmen. Die Linienführung wird folgende sein: Nach Ueberführung der Nebenbahn Sagan-Schwanten bei Kolzig folgt sie der Linie Schlawe-Linderau, der Nebenbahn Züllichau-Glogau und dann der anschließenden Nebenbahn Schlawe-Fraustadt. Die Gesamtkosten der Teilstrecke Bombst-Kolzig werden einschließlich Brücken und Erarbeiten auf fünf Millionen geschätzt. Die bisherige Eisenbahnstrecke Fraustadt-Kreuz beträgt 284 Kilometer, die durch die neue Linienführung auf 125 Kilometer herabgedrückt werden. Die ganze Streckenlänge wird 176 Kilometer betragen und 3 1/2 Stunden Fahrzeit erfordern.

Hagnau

Noch kein wesentlicher Rückgang der Erwerbslosigkeit. Die Arbeitsmarktlage hat sich, trotz einsehender Baurückfälle, so gut wie gar nicht geändert. Der heutige Stand (die eingekammerten Zahlen sind die vom 4. Februar) ist folgender: Unterstützungsempfänger männlich 578 (639), weiblich 125 (100); Krisenempfänger männlich 59 (53), weiblich 30 (20); Notstandsarbeiter 8. Somit beträgt die Gesamtzahl der Arbeitslosen immer noch 798 Personen.

Mehr Kollegialität! Die Arbeitsverhältnisse zwingen einen Teil der Arbeiter, jeden Tag per Bahn zur Arbeitsstelle nach Bunzlau und zurück zu fahren. Als eine Arbeitskollegin am Donnerstag zu einem mitfahrenden jungen Arbeiter aus Pignitz, Alfons M e n z e l, einen nicht ernst zu nehmenden Auspruch tat, wurde dieser gegen die verheiratete Arbeitskollegin handgreiflich und schlug sie ins Gesicht. — Man muß von einem Jungarbeiter mehr Kollegialität verlangen können. Es wäre überhaupt angebracht, wenn sich die Arbeiter bei diesen Fahrten mehr über wirtschaftliche und politische Fragen unterhielten.

Aus dem Riesengebirge

Nachdenkliches zum Schmiedeberger Volkstrauertag. Am Sonntag feierten die Schmiedeberger Bürger einschließlich des Reichsbanners in zumelartiger Aufmachung den „Volkstrauertag“. Nachdem schon Tage zuvor die Reichsbannermitglieder durch Unterschriften zur Teilnahme an der Gefallenenehrung verpflichtet wurden, marschierte am Sonntag früh knapp die Hälfte des Reichsbanners im Trauertag zum Friederichsdenkmal. Dort las der Vorsitzende des Reichsbanners eine Ansprache vor, die mit der Phrase ausklang: „Nie wieder Krieg!“ Anschließend daran marschierte der Stahlhelm in Stärke von Sage und schreibe 31 Mann gemeinsam mit Militärverein, Feuerwehr, Schützenbund, Handwerksinnungen usw. zum gemeinsamen Kirchgang. Nach dem „Gottesdienst“ begann der Reigen der Franzosenlegung am Friederichsdenkmal durch den Bürgermeister, dem die Klimbimvereine folgten. Der RFB. unternahm am selben Sonntag einen Propagandaausmarsch aufs Land, um die Arbeiter und Bauern aufzuklären über das Wesen des imperialistischen Krieges. Ueber 200 Rot-Front-Zeitungen wurden verkauft. Arbeiter, erkennt nicht durch salbungsvolle Feiern der bürgerlichen Gesellschaft eehrt ihr die gefallenen Helden und befreit eure Wirtschaftslage, sondern im täglichen Kampf Seite an Seite mit den Klassenkampforganisationen: der Kommunistischen Partei und dem RFB.

1. dafür Sorge zu tragen, daß das Bratschwasser unter das Hochwasserbeschützgesetz gestellt wird;
2. daß im Etatsjahr 1928 die Mittel eingestellt werden, welche zur Wiederherstellung der Ufermauern sowie zum Anbringen von Gerüstperren und Sohlschwelen Verwendung finden sollen.

Um zu verhindern, daß dieser Antrag in diesem Landtag nicht erledigt würde, beantragte Genosse Schulz beim Vorsitzenden des Hauptausschusses, die Beratung des Antrages bei den jetzigen Beratungen des Etats vorzunehmen. Der Hauptausschuß beschäftigte sich in seiner Sitzung vom 6. März d. J. mit demselben. Die Regierung ließ erklären, daß sie wohl 1 1/2 Millionen Mark für den Ausbau der Flußläufe in Schlesien bereitgestellt habe, jedoch für Zwecke des Wiederaufbaus der Ufermauern an der Bratsch Flüsse keine Mittel zur Verfügung. Genosse Schulz trat diesen Ausführungen scharf entgegen und die Mitglieder des Hauptausschusses konnten sich seinen Argumenten nicht entziehen, sie sahen sich gezwungen, den kommunistischen Antrag einstimmig anzunehmen.

Dem Eintreten der Kommunisten haben es also die Anlieger des Bratsch zu verdanken, wenn die Wiederherstellung der Ufermauern und die Regulierung des Flußlaufes in den nächsten Monaten an Kosten des Staates vorgenommen wird.